: antifaschistische nachrichten Nr. 7

g 3336 05.04.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Greift ein gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen!

Bündnis-Aufruf zur „NSU-Prozess-Demo" am 13.5.2013

Am 17. April 2013 wird in München der Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe sowie vier der Unterstützer beginnen: Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten Schultze und André Eminger.

Ein breites antifaschistisches Bündnis ruft deshalb zu einer bundesweiten Großdemonstration in München am Samstag vor Prozessbeginn auf.

Im November 2011 wurde bekannt, dass die rassistischen und mörderischen Taten der Nazis des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sieben Jahre lang unter den Augen der Sicherheitsbehörden begangen wurden. Sie haben zehn Menschen ermordet und zwei Sprengstoffanschläge verübt. In den Medien wurde der Begriff „Döner-Morde" geprägt und die Sonderkommission gab sich den Namen „Bosporus". Damit schloss die Polizei von Anfang an rassistische Hintergründe der Morde aus, behandelte die Opfer wie Täter und ermittelte in Richtung organisierter „Ausländer-Kriminalität".

Durch die rassistischen Ermittlungen der Sicherheitsbehörden wurden Familien, Verwandte und persönliches Umfeld der Opfer über Jahre überwacht und akribisch durchleuchtet. Durch den völlig unbegründeten Verdacht gegen das familiäre Umfeld der Opfer wurden soziale Zusammenhänge zerrissen und die persönliche Existenz zahlreicher Menschen zerstört. Der Rassismus von Behörden und Öffentlichkeit vehinderte so zweifach die Aufklärung der Morde: Während die Hinweise auf rassistische Hintergründe ausgeklammert und vernachlässigt wurden, erschien die These, migrantische Gewerbetreibende seien in mafiöse Strukturen verwickelt, der Polizei und einer breiten Öffentlichkeit unmittelbar einleuchtend und erübrigte weiteres Nachfragen.

Fünf der insgesamt zehn NSU-Morde fanden in Bayern statt, zwei davon in München. Zwischen dem „Thüringer Heimatschutz", in dem die Haupttäter des NSU vor ihrem Abtauchen organisiert waren, und der bayerischen Naziszene bestanden in den 90er Jahren enge Verbindungen. Böhnhardt und Mundlos nahmen an verschiedenen Treffen und Veranstaltungen der Szene in Bayern teil. Einige der engsten Unterstützer_innen des NSU lebten oder leben immer noch in Bayern, u.a. Mandy Struck, deren Identität Beate Zschäpe im Untergrund angenommen hatte. Mit Tino Brandt und Kai Dalek stehen zwei V-Leute des Verfassungsschutzes auch für die Verbindung zwischen der thüringischen und der bayerischen Naziszene.

„Deutschland hat ein riesiges Rassismus-Problem"

Der strukturelle Zusammenhang von Naziterror mit staatlichem und alltäglichem Rassismus in Gesellschaft, Politik und Medien zeigte sich bei der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl nach den Pogromen Anfang der 90er Jahre wie auch jetzt bei aktuellen Anti-Islam-Kampagnen: Der Rassismus ist tief verankert in der Mitte der Gesellschaft. Dass sich auch nach dieser Mordserie nichts Grundsätzliches im Bewusstsein der Menschen verändert hat, verdeutlichen folgende Beispiele: Zwanzig Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen kämpfen

Fortsetzung Seite 2 unten

Bundesparteitag der AfD

Berlin. Am 14. April will die aus der „Wahlalternative 2013" hervorgegangene Anti-Euro-Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) im Berliner Hotel Interconti ihren ersten Bundesparteitag durchführen. Nach Angaben der AfD will diese bereits schon nach wenigen Wochen über mehr als 5000 Mitglieder verfügen. Die Facebook-Seite der AfD habe bereits mehr als 10000 Anhänger gefunden. Bis zu 2000 E-Mails erhielte die neue Partei täglich. Die Gründungen der Landesverbände seien zum Teil bereits terminiert.

In einschlägig rechten Publikationen findet die Neugründung große Beachtung. AfD-Sprecher Bernd Lucke, ein ehemaliger CDU-Mann, wurde in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt" interviewt, AfD-Beiratsmitglied Prof. Dr. Joachim Starbatty in der „Jungen Freiheit". Letzterer plädiert dort für eine Zusammenarbeit mit den „Freien Wählern", um die Chancen bei der Bundestagswahl im Herbst zu erhöhen. Unterstützt wird die AfD auch von Bruno Bandulet. Dieser war schon Mitglied des Präsidiums des rechtsgewirkten „Bund Freier Bürger". Bandulet schreibt u.a. in der „Jungen Freiheit" und der „eigentümlich frei". In der April-Ausgabe der „eigentümlich frei" schreibt Bandulet unter der Überschrift „Diesmal könnte es klappen": „Diesmal könnte der Versuch gelingen – wenn gravierende Fehler vermieden werden, wenn genug Geld vorhanden ist, wenn ein Generalsekretär mit Managementqualitäten gefunden wird, wenn die verfrühte Teilnahme an der Wahl vermieden wird". Auch „Junge Freiheit"-Chefredakteur Dieter Stein zeigt sich erfreut über die neue Formation und gibt Ratschläge. Das „Intellektuellenprojekt" AfD könne „sich im Handumdrehen zur Projektionsfläche einer Millionen zählenden, parteien-, aber nicht politikverdrossenen Bürgerschaft entwickeln". Erfreulich sei auch, so Stein, dass die neue Partei die „Political Correctness" angreifen wolle. Sie dürfe „nicht defensiv vor dem „Kampf gegen Rechts" zurückweichen", sondern müsse „offensiv die Auseinandersetzung mit den PC-Gouvernanten in der Politik und Medien suchen", so Stein. In der „Umfrage der Woche" in der „Jungen Freiheit" findet die AfD riesige Zustimmung. Von 4865 Befragten sehen 42,8 % in der AfD eine „seriöse

Aus dem Inhalt:

Alternative zu den etablierten Parteien". Weitere 42,7% hoffen, dass so in der Euro-Politik Druck auf die regierenden Parteien ausgeübt werden kann. Nur 14,5 % der Befragten prophezeien der neuen Partei ein Scheitern oder kritisieren die AfD als „Ein-Thema-Partei".

„JF" 13-2013 / hma ■

Europäische Bürgerinitiative

„Lebensschützer"-Organisationen aus verschiedenen europäischen Ländern wollen eine Million Unterschriften sammeln. Mit der Europäischen Bürgerinitiative „Einer von uns – One of us" soll die Einstellung jeglicher EU-Finanzierung von Aktivitäten erreicht werden, „mit denen die Zerstörung menschlicher Embryonen" einhergeht. Die Unterschriften- aktion muss von mindestens einer Million EU-Bürger unterstützt werden, die aus mindestens sieben der 27 EU-Mitgliedsstaaten stammen. In Deutschland wird die Unterschriftenaktion u.a. von der „Stiftung Ja zum Leben" (Meschede) unterstützt.

hma ■

Ghettorente: Kein Stück Gerechtigkeit für die Überlebenden

Der Deutsche Bundestag hat jetzt mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen eine Auszahlung der Ghettorente ab 1997, wie sie von SPD, Bündnis 90 /Die Grünen und der Linken gefordert wurde, abgelehnt. Obwohl sogar das Bundessozialgericht und alle Experten einer Meinung darüber sind, dass den Überlebenden, die ihre Anträge vor dem Stichtag 30.06.2003 gestellt haben, die Rente ab 1997 eigentlich zusteht und eine gesetzliche Präzisierung erforderlich ist. Die Abgeordneten der Regierungskoalition wussten es besser und sagen: Kein Handlungsbedarf – obwohl bereits ein Lösungsvorschlag für die offensichtliche Ungerechtigkeit aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorlag! Dies ist ein erneuter Schlag in das Gesicht aller Überlebender des Nazi-Regimes. Deutschland drückt sich erneut vor seiner Verantwortung und zeigt, dass von dieser Bundesregierung außer Sonntagsreden nichts zu erwarten ist – zynisch allerdings ist es, die Ablehnung von Leistungen auch noch mit der Sorge um die hoch betagten Überlebenden zu begründen, wie es die Abgeordneten Weiß (CDU), Kolb (FDP) und Straubinger (CSU) getan haben. Wir schämen uns angesichts dieses schäbigen Verhaltens deutscher Volksvertreter.

Dr. Jost Rebentisch
Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
www.nsberatung.de ■

Sächsischer „Verfassungsschutz" als defektes Frühwarnsystem

Zur Tagung des „Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen" erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin der Linksfraktion für antifaschistische Politik:

„Wenn am Wochenende der Kurort Oberwiesenthal nicht als Wintersportort bundesweit von sich reden machte, sondern als Treffpunkt von in- und ausländischen Vertretern der extremen Rechten, dann ist zu einem erheblichen Teil das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz dafür verantwortlich. Bis zum ver-

---

Flüchtlinge immer noch für elementare Menschenrechte in Deutschland, werden Roma stigmatisiert und in eine unsichere Zukunft abgeschoben. Hier lebende Migrant_innen werden täglich diffamiert, bedroht, angegriffen und kriminalisiert.

Die Verharmlosung und Vertuschung von Rassismus und Naziterror hat Tradition in diesem Land. Rechte und rassistische Gewalttaten und Morde haben in Deutschland eine traurige Kontinuität. Die blutige Spur reicht vom bis heute unaufgeklärten Oktoberfestattentat, über die rassistischen Anschläge und Pogrome in Rostock, Mölln, Solingen und Hoyerswerda, über die seit 1989 rund 200 Morde an Migrant_innen, Obdachlosen, Punks und Antifaschist_innen bis hin zu den Morden des NSU.

München war dabei schon viele Male Schauplatz neonazistischen Terrors: Bei dem bisher größten faschistischen Anschlag in der BRD wurden 1980 durch einen Täter aus dem Umfeld der Wehrsportgruppe Hoffmann auf dem Münchner Oktoberfest 13 Menschen getötet und weitere 200 zum teil schwer verletzt. 1981 lieferten sich Neonazis auf dem Weg zu einem Bankraub mit Polizeibeamten in München eine Schießerei, bei der zwei Neonazis starben. 1985 setzten Neonazis der Gruppe Ludwig ein Lokal in der Schillerstrasse in Brand, wodurch eine Person getötet wurde. 2003 beschafften Neonazis aus der Kameradschaft Süd sich Waffen und Sprengstoff und planten u.a. einen Anschlag auf die Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums.

Seit Bekanntwerden der Mordserie des NSU offenbart sich eine erschreckende Politik der Verschleierung: Geschredderte und verheimlichte Akten, konsequentes Vertuschen und Lügen in Untersuchungsausschüssen, wenige, viel zu späte Rücktritte von Verantwortlichen. Eine transparente, schonungslose Aufklärung der Rolle von Geheimdiensten und Polizeibehörden findet bisher nicht statt. Statt ernsthafte politische Konsequenzen zu ziehen gegen Rassismus und die skandalöse Unterstützung des Aufbaus von Nazistrukturen durch Mitarbeiter_innen des (bayerischen) Verfassungsschutzes, reden die verantwortlichen Politiker_innen weiter von vereinzelten Pannen.

Rechte Gesinnung hat beim Verfassungsschutz (VS) Kontinuität: Gegründet im Jahre 1950 mit ehemaligen Nazis sorgte er dafür, dass Widerständler_innen gegen den Nationalsozialismus erneut in deutsche Gefängnisse kamen. In den 60er Jahren bekämpfte er die Student_innenbewegung, in den 70er und 80er Jahren lieferte er das Material für die Berufsverbote linker Aktivist_innen. Vor neun Jahren scheiterten die Pläne für ein NPD Verbot nicht zuletzt daran, dass diese bis in die höchsten Führungsetagen von V-Leuten und Spitzeln des Verfassungsschutzes durchsetzt war. Auch das ummittelbare Umfeld des NSU ist durchsetzt mit V-Leuten aus Verfassungschutz und Polizei.

Deshalb kann die einzige Konsequenz aus der Verstrickung der Behörden nur sein: Verfassungsschutz abschaffen! Wir müssen verhindern, dass die Regierung die NSU-Morde instrumentalisiert, um ihren Sicherheitsapparat weiter aufzurüsten, und damit endgültig eine der wenigen Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus – die Trennung von Geheimdiensten und Polizei – rückgängig macht.

Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt den Opfern des NSU-Terrors und ihren Angehörigen. Sie wurden nicht nur Opfer des militanten Rassismus der NSU-Täter_innen, sondern auch in der Folge noch durch die rassistischen Ermittlungen der Polizei drangsaliert.

Bekämpfen wir gemeinsam Rassismus in Gesellschaft, Politik und Institutionen!

Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen Ermittlungen!

Schonungslose Aufklärung der Verstrickung von Geheimdiensten und Polizeibehörden!

Verfassungsschutz abschaffen!

Neue Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats von 1980 in München!

Abschaffung aller rassistischen Gesetze – kein Mensch ist illegal!

Für eine rassismusfreie, solidarische Gesellschaft

http://nsuprozess.blogsport.de/

Dorfmark: Gleich 2 Protesttage gegen Ludendorffer



Foto: DGB-KulturAK

DORFMARK (ORTSTEIL DER STADT BAD FALLINGBOSTEL). Erstmals protestierte das „Bündnis gegen Ludendorffer" gleich an zwei Tagen gegen die Ostertagung des rassistisch-antisemitischen „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V." An der Mahnwache/ Protestaktion am Karfreitag 29.3.13 nahmen über 70 Menschen teil. Zur Demo am Ostersamstag 30.3.13 kamen 140 Leute, darunter auch einige EinwohnerInnen Dorfmarks. Fast alle Teilnehmenden kamen aus der näheren Umgebung. Das ist zu betonen, da den NazigegnerInnen gern vorgeworfen wird, sie würden von weither anreisen. Dass der Dorfgemeinschaftsschutz für die Rassisten zu bröckeln beginnt, beweist das Transparent „Wir wollen keine Ludendorfer" an der Scheune eines liberalen Ratsherrn.

Den Protesten vorausgegangen war eine Veranstaltung des Bündnis mit einem Autor der Broschüre „Im Kampf gegen „überstaatliche Mächte" – Die völkische Ludendorff-Bewegung" im Ratssaal der Stadt Bad Fallingbostel.

Die Ludendorffer treffen sich seit 40 Jahren in Dorfmark – also bereits zu einer Zeit, als ihre Organisation noch verboten war. (Das Verbot der Ludendorffer wurde 1977 wegen Verfahrensfehler aufgehoben). Vom Kind bis zum Greis reisen sie, teils gar aus Österreich und Schweden, an. Ein gutes Geschäft für die Hotels und Vermieter von Privatzimmern jedes Mal über Ostern.

Während die älteren in Loden, langen züchtigen Röcken oder mit Knickerbockern gekleidet sind, stecken sie die Kinder gern in selbst ersonnene Trachten. Ihre Jugendlichen hingegen sehen eher unauffällig aus. Und wenn nicht grad gegen sie in Dorfmark demonstriert wird, flanieren sie auch durch den Ort. Im Hotel Deutsches Haus und Hotel zur Post (beides früher Tagungslokale der NPD-Niedersachsen) beweihräuchern sie sich mit Vorträgen, Gesang und manchmal Volkstanz an ihrem elitären Germanentum.

Wir geben Personendaten unserer Ordner nicht raus

Am Karfreitag gab sich die Polizei – entgegen den Auflagen der Ordnungsbehörde – mit der Nennung nur eines Ordners, der zugleich Anmelder und Grüner Ratsherr ist, zufrieden. Das Ordnungsamt des Landkreis Heidekreis hatte ohne jede Begründung verfügt, dass von Ordnern Personendaten anzugeben sind. Dem hatten die Anmelder beider Protesttage widersprochen. Denn nach dem Niedersächsischen Versammlungsrecht kann die Behörde Personendaten von Ordnern nur verlangen, wenn sie eine „tatsachengestützte" Gefahrenprognose abgeben kann. Auf die Widersprüche der Anmelder hin, schob das Ordnungsamt ihre Begründungen verspätet nach: 1. dem aufrufenden „Bündnis gegen Ludendorffer" gehöre die „Antifa SFA" an und 2. „Aus der Versammlung heraus hat es regelmäßig Versuche einzelner Gruppen gegeben, durch die Abgrenzungen und in das „Deutsche Haus" zu gelangen." Der Demo-Beginn am Ostersamstag verzögerte sich, da die Anmelder nicht bereit waren, Personendaten der Ordner abzugeben. Der Polizei-Einsatzleiter verzichtete schließlich auf die Personendaten und begründete das mit der Zusammensetzung der Demo. Wäre die Zusammensetzung anders (mehr Autonome?) würde er auf die Personendaten bestehen. Die Demo-Leitung hatte für diesen Fall verabredet, die Demo abzubrechen und gegen die Auflage zu klagen.

An beiden Protesttagen wurde das „Bündnis gegen Ludendorffer" durch eine polizeiliche Absperrung weiträumig auf Distanz gehalten. Im Haus der Freiwilligen Feuerwehr hatte die Polizei gar eine Hundestaffel in Reserve.

Bei der Demo-Begrüßung forderte DGB-Sprecher Charly Braun die 6 polizeilichen Staatsschützer auf, statt der Demo doch die rassistischen Ludendorffer zu beobachten, mit dem Ziel Fakten zu sammeln, um die Ludendorffer-Organisation bald aufzulösen. Ein als besonders unangenehm bekannter Staatsschützer wurde spontan mehrfach als Schweinskopf mit Eistüte karikiert.

Der bunte Zug mit vielen Transparenten von Gewerkschaften, Antifaschistische Initiative SFA, Grüne, Linke, solid, Jusos, SPD, Autonome, „Ehrbares Handwerk", Netzwerk-Südheide und VVN/BdA stoppte vorm „Hotel zur Post". Hier wurde berichtet, dass Ostern 2010 Journalisten den Einzug des prominenten Altnazi und Jagdfliegers Hajo Herrmann dokumentieren wollten und dabei von – ach so friedlichen – Ludendorffern tätlich angegriffen wurden. Bei der Kundgebung vorm „Hotel Deutsches Haus" informierten Andreas Jansen/Jusos und Charly Braun/DGB über Weltanschauung, Struktur und Bedeutung des „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.".

Holocaustleugnerin als Stargast

Im Mittelpunkt der Ludendorffer-Weltanschauung steht bis heute die Lehre von Mathilde Ludendorff, Frau des Hitler-Putsch-Gefährten von 1923, General Erich Ludendorff. Ludendorffer teilen die Menschheit in zum Herrschen geborene sog. „Lichtrassen" und minderwertige sog. „Schachtrassen" ein. Alle, die sich gegen das sog. Recht des Stärkeren wenden – seien es der „Klassenkampf der Arbeitnehmer" oder die Almosen der Kirche, gelten als feindlich und „entartete Wirtschaftsformen in einem verjudeten Staate". „Die sich äußerlich bieder gebenden Ludendorffer bereiten den heute wieder schlagenden und mordenden Neonazis geradezu den ideologischen Boden vor", kommentierte Charly Braun. Von der „Urgroßmutter des deutschen Antisemitismus", wie der Spiegel

Fortsetzung Seite 4 oben

Fortsetzung von Seite 3

Mathilde Ludendorff bezeichnete, bis zur bekannten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel ist es nicht weit. Frau Haverbeck ist bei der Ludendorffer-Ostertagung 2013 prominenter Gast. Ihre rassistische Kaderschmiede die Heimvolkshochschule Collegium Humanum in Vlotho/Weser wie auch die von ihr mitgesteuerte HNG (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene) wurden verboten. Im Juni 2009 bedrohte sie die Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, schriftlich u.a. mit den Worten: „Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde." Die Haverbeck beteiligt sich auch gern an Nazi-Aufmärschen wie mehrfach in Bad Nenndorf und am 23.3.13 in Weyhe. In Dorfmark wird sie freundlich bewirtet und von ihrer „Lichtrasse" abgefeiert. Während der Verfassungsschutz die Zahl der Ludendorffer seit vielen Jahren auf 240 schätzt, weisen die Auflagenzahlen ihrer Periodika auf eine vierstellige Zahl an Anhängern hin.

Der katholische Pfarrer Günther Birken aus Bergen und Klaus vom „Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus" erklärten die Zusammenhänge zur verbrecherischen Weltanschauung des Nationalsozialismus und den Neonazis.

Immer wenn sich Ludendorffer in Sichtweite der Demo zeigten, erklangen massenhaft antifaschistische Rufe. Zur guten Stimmung trotz der Kälte trug die neue Fallingbosteler Sambagruppe (entstanden im Internat. workcamp Bergen-Belsen 2013) bei. Und natürlich der Barde Tom Kirk mit seinen amüsanten Straßenliedern gegen die Ludendorffer. Der große Chor der DemonstrantInnen begleitete ihn dabei. Dass wieder mal ein paar Dorfmarker rassistisch beleidigend und provozierend auftraten, hatte zur Folge, dass sie sich noch mal ihre eigenen Zitate von Karfreitag 2008 anhören mussten. Die überregionalen Medien hatten damals massenhafte faschistische Drohungen und Beleidigungen durch einige Dorfmarker Bürger mitgeschnitten.

Nach einigen Stunden verabschiedeten sich die Demonstrierenden mit der Ankündigung, so oft wieder zu kommen, bis es Schluss ist mit den Rassistentreffen in Dorfmark.

Heide Bote

Mehr zu Ludendorffer: antifa.sfa.over-blog.com ■

Aus der Internetseit des SPD-Landtagsabgeordneten Michael Höntsch am 31.3.13:

In diesem Jahr nahm eine bereits mehrfach strafrechtlich verurteilte Holocausleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel als Referentin an der Tagung dieser rechtsradikalen Vereinigung teil. Der Abgeordnete Höntsch erklärt dazu:

„Angesichts des anstehenden NSU Verfahrens ist die Genehmigung dieser Tagung für Demokraten nicht hinnehmbar. Hier wird übelster Rassismus und Antisemitismus propagiert. Schlimm in diesem Zusammenhang, dass diese Vereinigung auch seit Jahren ungehindert Jugendarbeit betreiben kann."

Höntsch, der in der SPD-Fraktion in Hannover für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus zuständig ist, erklärte weiter, er wolle diese Tagung der Ludendorffer zum Anlass für eine Anfrage im Niedersächsischen Landtag nehmen.

Zudem kündigte der Abgeordnete an, dass auch die Auflagen für die Gegendemonstration Thema im Innenausschuss des Landtages werden würden: „Was ich hier an Auflagen erlebt habe, ist völlig neben der Spur. Während drinnen eine Holocaustleugnerin sprechen darf, werden ihre Gegner draußen schikaniert."

So sei zum Beispiel die Aufnahme der Personalien vollkommen unverhältnismäßig.

---

gangenen Jahr hatten die Jahrestreffen des 1992 auf Initiative des durch die Bundesregierung als „Rechtsextremisten" eingestuften Dietmar Munier gegründeten Vereins im bayerischen Pommersfelden stattgefunden. Dort war ihnen in diesem Jahr der Zutritt verweigert worden.

Stattdessen wich der Verein nach Oberwiesenthal aus. Der Inhaber des Hotels, in dem die Veranstaltung mit rund 200 Teilnehmenden letztlich stattfand, war nach seinen glaubhaften Aussagen über den Charakter seiner Gäste im Vorfeld nicht informiert worden, sah aber keine Möglichkeit der Kündigung mehr. Eine Vorinformation durch das Landesamt für Verfassungsschutz, das sich selbst gern als Frühwarnsystem bezeichnet, erfolgte erst am Tag des Veranstaltungsbeginns. Dieses Frühwarnsystem ist offensichtlich seit geraumer Zeit defekt. Den Schaden haben die Stadt Oberwiesenthal und der betroffene Hotelier.

Munier und sein Vereins- und Verlagsgeflecht werden sowohl von der Bundesregierung als auch der Landesregierung Schleswig-Holstein, wo der Sitz seiner Firmen angesiedelt ist, als zur extremen Rechten zählend eingestuft. Munier begann seine Karriere in der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten, 1996 erließen die russischen Behörden ein Einreiseverbot gegen Munier wegen seiner Aktivitäten in der Oblast Kaliningrad. Seine Verlage sind geschichtsrevisionistisch ausgerichtet. Dies alles hätte selbstverständlich auch der sächsische „Verfassungsschutz" wissen können und müssen.

Ich werde von Innenminister Ulbig in einer Kleinen Anfrage Auskunft über das neuerliche Versagen der ihm unterstellten Behörde fordern.

Kerstin Köditz

Kundgebung zu NSU-Prozess und fränkischen Nazis



In Fürth fand am Samstag, den 23.3.13 eine Kundgebung des regionalen Bündnisses „Das Problem heißt Rassismus" statt.

Die Aktion, wie auch das Bündnis stehen im Zeichen der Mobilisierung zur bundesweiten Demo am 13.4. anlässlich des NSU-Prozessbeginns im April.

Grund für die Kundgebung in Fürth war, dass es dem Bündnis wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass der NSU kein isoliertes Phänomen ist, sondern Basis, Umfeld und Unterstützer in vielen lokalen und regionalen Naziszenen hatte - gerade auch in Franken.

In verschiedenen Reden thematisierten SprecherInnen die Verbindungen zu Geheimdiensten, den gesellschaftlichen wie staatlichen Rassismus oder das Problem des Rechtspopulismus.

Vom Bündnis wird es in Nürnberg und Erlangen jeweils noch Info- und Mobilisierungsveranstaltungen geben.

Quelle: indymedia ■

Griechische Faschisten in Deutschland

„Zwischen der faschistischen Partei Goldene Morgenröte in Griechenland und deutschen Neonazis bestehen Kontakte", erklärte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke nach der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu „Aktivitäten der neofaschistischen griechischen Partei Goldene Morgenröte in der Bundesrepublik". Jelpke weiter:

„Die Bundesregierung hat Erkenntnisse über Treffen zwischen der Goldenen Morgenröte sowie der NPD und Nazikameradschaften wie dem Freien Netz Süd. So beteiligte sich am 13. Februar 2011 eine Delegation der Goldenen Morgenröte auf Einladung der NPD am Naziaufmarsch in Dresden. Deutsche Rechtsex- →

Hunderte AntifaschistInnen heizen Pro NRW ein



Am Samstag, 23. März, war es wieder einmal soweit: Die rechte Gruppierung Pro NRW hatte einen Auftritt in Köln angekündigt. Im Zuge der unsäglichen „Asylmissbrauch stoppen"-Kampagne sollte in Köln gleich an drei Orten rassistische Propaganda verbreitet werden – direkt vor drei Flüchtlingsunterkünften, die von der Pro-Bewegung als „Luxusunterbringung" oder „skandalträchtig" bezeichnet werden. Anscheinend haben die Damen und Herren noch nie eine solche Unterkunft von innen gesehen.

Auftakt war morgens in Poll. Dort hatte ein breites Bündnis aus Poller Vereinen und Parteien zu einem Willkommensfest mit gemeinsamen Frühstück bei der Unterkunft eingeladen – ähnlich der Aktion in Porz Ende Januar. Dieser Einladung folgten laut Veranstalter insgesamt etwa 200 Menschen – ein erfreulicher Zuspruch. Zudem hatte das „Bündnis gegen Pro Köln/Pro NRW" dazu aufgerufen, in Poll der Hetze Paroli zu bieten. Einige AntifaschistInnen beteiligten sich auch an einer Bustour, die zu allen drei Kundgebungsorten fahren sollte. Somit stellten sich der rechten Hetze dann in Poll zusätzlich noch mehr als 100 Menschen den etwa 20 RassistInnen entgegen. Unter letzteren waren übrigens wieder zwei Fahnen der Piratenpartei zu sehen, nachdem die Piraten mit dem Versuch, der Pro-Bewegung das Zeigen dieser Fahnen gerichtlich verbieten zu lassen, gescheitert waren.

Gegen Mittag war dann die Unterkunft an der Vorgebirgsstraße in der Südstation an der Reihe. Auch hier hatte sich ein Bündnis aus der Lutherkirche, Parteien und lokalen Initiativen geformt und zu einem „Frühlingsfest" vor der Unterkunft mobilisiert. Das Wetter war zwar mit Temperaturen um den Gefrierpunkt dann eher winterlich, aber dennoch kamen einige. Gegen Mittag, als der Pro-Trupp dann eintreffen sollte, waren mehr als 200 Menschen vor Ort, die entweder dem lokalen Aufruf gefolgt waren, dem Aufruf des „Bündnis gegen Pro Köln" oder später vom Bus dazustießen. Zu sehen waren VertreterInnen von der LINKEN, den Grünen, den Piraten, der SPD, den Falken und verschiedenen Antifa-Gruppen. Zudem sorgten die „Bunte[n] Funken gegen Braune Halunken" mit einer kleinen Kapelle für die musikalische Untermalung des Protests. Dank des bestimmten Auftretens der anwesenden AntifaschistInnen gelang es, auf die selbe Straßenseite zu gelangen, auf der dann auch Pro NRW seine Kundgebung abhielt, so dass man sich das Elend aus allernächster Nähe anschauen konnte. Die Reden von Pro NRW – unter anderem von Jörg Uckermann, dem Ex-Piraten Wesemann, Markus Wiener und Markus Beisicht – gingen in den Pfiffen und Rufen der GegendemonstrantInnen unter. Da half es auch nichts, dass Pro NRW behauptete, die antifaschistische Bewegung sei an diesem Tag in Köln gescheitert.

In einer anderen Rede wurde behauptet, der Rassismus sei eine Erfindung des Islam, und es wurde – wie so oft – Volker Beck, MdB der Grünen, aufs Übelste wegen seiner Homosexualität beleidigt – die nächste Strafanzeige steht Pro Köln schon bevor. Spätestens als dann Markus Beisicht als „einer der mutigsten Politiker Europas" angekündigt wurde, hatte sich die selbst ernannte Bürgerbewegung wieder einmal so lächerlich gemacht, wie man sich nur lächerlich machen kann. Als alles eigentlich schon zu Ende war, kam es dann zu einigen ruppigen Festnahmen durch die Polizei, deren Grund nicht ersichtlich war. Hier bleibt zu wünschen, dass es für die Betroffenen im Nachgang keine unangenehmen juristischen Konsequenzen gibt.

Die letzte Station der RassistInnen war dann am frühen Nachmittag eine Unterkunft in Weiden. Auch hier waren sie in deutlicher Minderheit gegenüber den antifaschistischen GegendemonstrantInnen.

Zusammenfassend kann der Tag sicherlich als Erfolg für die antirassistischen Kräfte und als Blamage für Pro NRW gewertet werden, auch wenn diese nun in ihren völlig realitätsfremden Berichten im Internet versuchen, das Gegenteil zu behaupten. Dennoch ist es mit dem 23. März nicht vorbei. Nun gilt es, die rassistische Unterschriftensammlung von Pro NRW mit verschiedensten Formen des Protests und auch inhaltlichen Argumenten zu begleiten.

Jk ■

---

tremisten nahmen ihrerseits an Veranstaltungen in Griechenland teil.

Der Bundesregierung liegen bislang keine bestätigten Erkenntnisse vor, dass die Goldene Morgenröte in Deutschland Fuß gefasst hat. Ihr ist lediglich eine Website der Partei bekannt, auf der von der Gründung einer Parteizelle in Nürnberg berichtet wird. Immerhin fanden Ende Januar/Anfang Februar 2013 Kooperationsgespräche zwischen der Polizeibehörde Nürnberg und den Verantwortlichen der Griechischen Gemeinde Nürnberg e.V." zur Thematik der Goldenen Morgenröte statt. Zudem tauscht sich das Bundesamt für Verfassungsschutz mit dem griechischen Inlandsgeheimdienst zur Goldenen Morgenröte aus."

Anfrage und Antwort sind auf www.ulla-jelpke.de einzusehen

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Koalition bestiehlt Opfer des NS-Terrors

„Die Blockade bei den Ghettorenten ist ein Affront gegen die Überlebenden des NS-Terrors", wirft die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen vor, nachdem die Koalition heute im Ausschuss für Arbeit und Soziales die Anträge der Oppositionsfraktionen zu den sogenannten Ghettorenten abgelehnt hat. Die Koalition will auch keine eigenen Initiativen entfalten. „Das Verhalten der Koalitionsparteien zeugt von unglaublicher Dreistigkeit. Sie wollen das Problem aussitzen und warten kaltschnäuzig eine biologische Lösung ab", sagt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion.

Fortsetzung Seite 6 unten

Eine niederschmetternde Bilanz

NSU-Trio wohnte 13 Jahre in Sachsen, ohne von den Sicherheitsbehörden gestört zu werden

13 Jahre lang wohnte das NSU-Trio Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos in Sachsen; zunächst für zweieinhalb Jahre in Chemnitz, dann, seit Mitte 2000 bis zur Entdeckung im November 2011, in Zwickau. 13 Jahre, in den das Trio keineswegs im Verborgenen lebte, in denen sie weder ihr Aussehen grundlegend veränderten, noch den regelmäßigen Urlaub ausfielen ließen. 13 Jahre, in den sie einkauften, Freizeit verbrachten, Bekannte besuchten. 13 Jahre, in denen sie von Sachsen aus zu insgesamt 10 Morden aufbrachen und die beiden Bombenanschläge in Köln verübten. 13 Jahre, in denen sie 14 Banküberfälle und einen Überfall auf einen Edeka-Markt begingen, acht Taten davon in Chemnitz und drei in Zwickau. In all diesen Jahren wurde das Trio weder von der Polizei noch vom Landesamt für Verfassungsschutz aufgespürt, ja die Suche nach ihnen war mit Ablauf des Jahres 2000 mehr oder weniger ad acta gelegt. Eine niederschmetternde Bilanz der sächsischen Sicherheitsbehörden, deren Vertreter in den vergangenen beiden Wochen im Untersuchungsausschuss gehört wurden.

Unter dem Fallnamen „Terzett" suchte das LfV-Sachsen vor allem im Jahr 2000 nach dem Trio, nachdem die Hinweise aus Thüringen schon seit 1998 auf Sachsen als möglichen Aufenthaltsort der drei gedeutet hatten. Sie waren im Umfeld des Blood&Honour (B&H) Netzwerkes untergekommen, einem bundesweiten Nazinetzwerk dessen sächsischer Ableger sich durch besondere Gewalttätigkeit auszeichnete und das auch im Blick des Landesamtes stand. Liest man die Einschätzungen der Schlapphüte zur Naziszene in Sachsen seit Mitte der neunziger Jahre, dann wird hier sehr wohl und zurecht auf die Gefahr einer möglichen terroristischen Entwicklung hingewiesen. In eine solche gefährliche Gemengelage kommt 1998 ein Trio, das wegen Bombenbaus abgetaucht und dabei ist, sich zu bewaffnen. Alle Alarmsignale der Dienste müssten in einem solchen Moment angehen, in Sachsen geschah das nicht. Man sah sich nicht in der Verantwortung, handelte es sich doch um Thüringer Nazis, die von Thüringer Behörden gesucht wurden. So wurden von Sachsen aufgrund der Bitten und Hinweise aus Thüringen zwar eine Reihe von Maßnahmen (Observationen und Telefonüberwachungen) durchgeführt, dem Ausschuss stellte sich das Engagement der Sächsischen Behörden aber eher als Dienst nach Vorschrift dar.

Mit Jan W., Thomas S., Mandy S. und Antje P. lagen den Behörden die Namen der wichtigsten frühen Helfer des Trios vor, dennoch soll es keine Erkenntnisse gegeben haben, wie man über diese Helfer zum Trio gelangen könnte. Dabei zeigte sich im Detail der Dilettantismus mancher Maßnahme. So wurde im Herbst 2000 ein Haus in Chemnitz von Polizei und Verfassungsschutz parallel mit einer Videokamera überwacht weil man hoffte, die Beschuldigten würden aus Anlass des Geburtstags von Böhnhardt hier auftau-

---

Kurz vor Beginn des NSU-Prozesses in München

NSU-Morde – blinder Staat – deutsche Zustände



***Petra Pau*, MdB**, DIE LINKE
Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Verwandte der Ermordeten und Opfer des NSU-Terrors wehren sich

Bericht zur aktuellen Opferentschädigung und Nebenklage

***Reinhard Schön*, Rechtsanwalt**
vertritt Opfer aus der Keupstraße in Köln-Mülheim wegen Entschädigung und auch als Nebenkläger im NSU-Prozess

Samstag, 13. April 2013
12.00 Uhr bis 15.00 Uhr
Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Großes Forum

Veranstalter:
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58

Jelpke: „Der Bundestag hatte im Jahr 2002 einmütig beschlossen, die Ghettorenten rückwirkend ab 1997 auszuzahlen. Wegen fehlerhafter Rechtsauslegung begannen die Zahlungen aber in den allermeisten Fällen erst 2005. Wenn sich die Koalition nun der Korrektur dieses Fehlers verweigert, kündigt sie den bisherigen Konsens auf. Für viele der rund 20000 Überlebenden bedeutet dies, dass ihnen mehrere Tausend Euro vorenthalten werden. Die Koalition begeht damit einen Diebstahl an den Überlebenden des Holocaust."

„Wir erwarten von den Abgeordneten der Regierungsfraktionen, dass sie sich morgen bei der Abstimmung im Bundestag von dieser skandalösen Verweigerungshaltung lösen und sich von ihrem Gewissen leiten lassen", so Birkwald abschließend. „Es darf nicht sein, dass der Deutsche Bundestag den letzten Überlebenden des NS-Terrors ihre Rechte verweigert."

Ulla Jelpke, MdB Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. ■

Koalitionsabgeordnete müssen jetzt Zivilcourage zeigen

„Union und FDP opfern das NPD-Verbotsverfahren ihrer Koalitionsräson. Das ist ein fatales Signal", kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die jetzt offizielle Mitteilung der Bundesregierung, sich dem NPD-Verbotsantrag des Bundesrates nicht anzuschließen. Jelpke weiter:

chen. Auf den Bildern von VS und Polizei finden sich dann auch zwei Personen, die bis 2011 für Bönhardt und Zschäpe gehalten wurden –allein festnehmen konnte man sie nicht, weil man eine Kamera ohne Beamte vor Ort laufen ließ! Polizei und VS richten ihre Kameras parallel auf denselben Hauseingang, um dann beide nicht zugreifen zu können, als die Gesuchten vermeintlich auftauchen (heute geht man davon aus, dass es sich nicht um Böhnhardt und Zschäpe handelte).

Das LfV Sachsen kannte so wie das LfV Thüringen die äußerst brisante Meldung aus dem Herbst 1998, nach der sich das Trio über einen wichtigen B&H-Kader aus Sachsen Waffen besorgen wollte, um vor einer Flucht nach Südafrika „weitere Überfälle“ zu begehen. In Sachsen sah man keine Veranlassung, diese Meldung an die eigene Polizei weiterzugeben. Der Quellenschutz habe dem entgegengestanden, denn die Meldung stammte von einem V-Mann aus Brandenburg. Während die Thüringer Verfassungsschützer behaupten, sie hätten die Meldung vertraulich an das LKA Thüringen weitergegeben –was von allen LKA-Zeugen aus Thüringen im Ausschuss bestritten wurde – mussten die sächsischen Verfassungsschützer zugeben, dass sie diese Möglichkeit nicht einmal erwogen hatten. Für die Ermittlungen zu den 11 Banküberfällen des Trios in Sachsen wäre die Information über drei abgetauchte Nazis im Untergrund in Sachsen, davon zwei junge Männer (was dem Profil der Bankräuber entsprach), die sich bewaffnen und „Überfälle“ begehen entscheidend gewesen, um in diese Richtung zu ermitteln.

In einem der wenigen Momente der Erkenntnis räumte der Zeuge Tüshaus, bis 2004 Leiter der Abteilung „Rechts-und Linksextremismus/Terrorismus“ beim LfV Sachsen ein, man habe sich ausschließlich um die Frage „wo sind sie“ und nicht um die Schlüsselfrage „was machen sie jetzt“ gekümmert. Mit Blick auf die zwar zahlreiche n aber nicht konsequenten Maßnahmen des LfV Sachsen stellte sich bei den Befragungen manchmal der Verdacht ein, die Sachsen hätten das Trio als Möglichkeit genutzt, ihre heimische Naziszene zu durchleuchten, das Trio aber eher als Studienobjekt (was macht ein Nazitrio im Untergrund?) denn als festzusetzende potenzielle Terroristen gesehen, ein Eindruck, den alle Zeugen natürlich weit von sich wiesen.

Die nächsten Sitzungen des Untersuchungsausschusses finden am 15. und 18. April mit Zeugen zu den V-Leuten „Piatto“ und „Corelli“ und zum Komplex Baden-Württemberg (Mord an Frau Kiesewetter und NSU-Bezüge nach BW) statt.

Gerd Wiegel ■

Noch mehr NSU-Helfer?

129 Personen werden verdächtigt, das Terror-Trio unterstützt zu haben

Offenbar umfasst die Verdächtigenliste der möglichen NSU-Helfer weit mehr Namen als bislang bekannt. Zudem musste der Bundesinnenminister am Wochenende eingestehen, dass die Zahl rechter Straftaten im vergangenen Jahr erneut gestiegen ist.

Wie am Sonntag bekannt wurde, soll das Netzwerk der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) möglicherweise größer sein, als bislang angenommen. Nach Angaben der „Bild am Sonntag“, enthält eine Liste für den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages die Namen von 129 Mitgliedern der rechtsextremen Szene. Damit sind seit der letzten Bestandsaufnahme 29 Namen hinzugekommen. Und weitere könnten folgen, denn die Ermittlungen des Bundeskriminalamtes sind noch nicht abgeschlossen.

Die auf der Liste Verzeichneten werden zum engeren und weiteren Umfeld des Trios gezählt. Zum harten Kern der NSU-Helfer zählen die Ermittler vier Personen. Zudem wird gegen ein Dutzend weiterer Beschuldigter noch ermittelt. Hinzu kommen zahlreiche Helfer, die direkt oder indirekt Kontakt mit den mutmaßlichen Nazi-Terroristen hatten. Die Unterstützer sollen unter anderem Geld, Waffen und falsche Papiere besorgt haben.

Der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, Sebastian Edathy (SPD), sagte der „BamS“, die neue Zahl der Namen auf der Liste sei „erschreckend hoch“. Nun müsse „schnell geklärt werden, ob es darunter Mitwisser der NSU-Verbrechen und weitere V-Leute gab“. Vielleicht sind weitere böse Überraschungen zu erwarten. Denn wie Edathy betonte, habe der Ausschuss vor einigen Tagen beschlossen, dass Bund und Länder die neue Namensliste auf bisher unentdeckte V-Leute des Verfassungsschutzes überprüfen sollen. „Es gibt bei einzelnen Personen unter den 29 noch Beratungsbedarf“, sagte Edathy dem „Tagesspiegel“. Immer wieder hatten in den vergangenen Monaten Berichte über die engen Beziehungen von V-Leuten zum NSU für Irritationen gesorgt.

Die Terrorgruppe wird für eine Mordserie an neun Geschäftsleuten mit migrantischen Wurzeln und einer Polizistin verantwortlich gemacht. Der Prozess gegen das einzige überlebende NSU-Mitglied Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Helfer beginnt am 17. April in München. Die Bundesanwaltschaft prüft, ob weitere Personen angeklagt werden sollen. So könnten sich einige der auf der Liste aufgeführten vor Gericht wiederfinden.

Während sich die Politik noch mit dem Terror des NSU befasst, nimmt der Terror von Neonazis auf den Straßen weiter zu. Nach vorläufigen Zahlen wurde 2012 bei rechten Straftaten ein Anstieg um etwa vier Prozent verzeichnet, wie Bundesinnerminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dem „Tagesspiegel am Sonntag“ sagte. Insgesamt zählte sein Ressort im vergangenen Jahr etwa 17 600 rechte Straftaten. Bei den rechtsextremen Gewaltdelikten gebe es einen Anstieg um rund zwei Prozent, so Friedrich. Der Minister kündigte an, er wolle mit den Ländern über die Erfassung rechtsextremer Gewalttaten sprechen. Hintergrund sind unterschiedliche Zahlenangaben zu den Todesopfern von Nazigewalt. So zählt die Amadeu-Antonio-Stiftung 183 Tote seit 1990 (nd berichtete), während die Regierung auf 63 kommt.

Auch der geplante NPD-Verbotsantrag sorgt für Kontroversen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) kritisierte den geplanten Antrag der Länder. „Wir laufen Gefahr, ein Problem erst wieder zu erzeugen, das sich gerade von alleine löst.“ Die Rechtsextremen hätten sich in Deutschland „zu normalen Zeiten immer selbst erledigt“. Die Bundesregierung stellt keinen eigenen Verbotsantrag. Die LINKEN-Abgeordnete Petra Pau warf Schäuble vor, er habe „aus dem NSU-Nazi-Desaster, das auch sein Versagen als Innenminister birgt, offenbar nichts gelernt“.

Fabian Lambeck/neues deutschland, 25.

Kundgebung nach Justizposse

DRESDEN. Am Dienstag vergangener Woche protestierten, trotz der am Tag zuvor bekannt gewordenen Absage des ersten Prozesstermins gegen Lothar König, vor den Stufen Dresdner Amtsgericht etwa 40 Menschen gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements. Dazu bauten sie vor dem Gerichtsgebäude einen Infostand auf und solidarisierten sich auf Transparenten mit dem Jenaer Stadtjugendpfarrer, dem die Dresdner Staatsanwaltschaft „schweren, aufwieglerischen Landfriedensbruch„ vorwirft. Er soll am 19. Februar 2011 aus dem wenige Monate später durch die Polizei beschlagnahmten Lautsprecherwagen der JG Stadtmitte, eine Menschenmenge zu Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen aufgewiegelt haben. Die Kundgebung endete am Mittag mit einer Andacht des Dresdner Studentenpfarrers Tilmann Popp.

Die Verteidigung von König hatte erst am 14. März Einblick in die Originalakten des Amtsgerichtes nehmen können und festgestellt, dass darin „ein etwa 100 Blatt starkes ungeordnetes Konvolut von Lichtbildmappen, CD-Rom mit anklagerelevanten Videomaterial und polizeilichen Auswertungsmaterialien„ enthalten war. Zudem sei das „mit einem Gummiband zusammengehaltene Aktenbündel [...] weder paginiert, noch eingeheftet„ gewesen und waren der Verteidigung zudem bislang vorenthalten worden. Daraufhin forderte Johannes Eisenberg, der Anwalt des 59jährigen, den zuständigen Abteilungsrichter auf, der Verteidigung bis zum 18. März mitzuteilen, „wann diese Blätter von wem auf welchem Wege zur Akte gegeben wurden und warum diese nicht der Verteidigung zugänglich gemacht wurden„. Da sich das Gericht dazu nicht in der Lage sah, hob sie den für den 19. März angesetzten Termin vorerst auf.

Unter den neu aufgetauchten Akten soll nach Aussage von König auch ein Video der Polizei gewesen sein, welches nahe legt, dass dieser zum Tatzeitpunkt nicht vor Ort gewesen sein soll. Er selbst kommentierte die Nachricht der Absage mit den Worten: „Das hat mir gestern den Boden unter den Füßen weggerissen - das ist ein hohes Gericht, dem muss man gewachsen sein!„. Der Linken-Politiker Jens Thöricht nannte den Vorfall „unprofessionell und dilettantisch„. Auch seine Parteikollegin Kerstin Köditz sprach von Zweifeln an der „juristischen Stichhaltigkeit„ der gegen König erhobenen Vorwürfe. Es entstehe der Eindruck, „dass es sich um ein ausschließlich politisch motiviertes Verfahren„ handelt, so die Landtagsabgeordnete weiter. Eine Entscheidung, ob der Prozess am Dienstag nach Ostern beginnen kann, steht nach Aussage einer Gerichtssprecherin gegenüber der taz noch aus.

addn.me ■



„Wichtiger als ein Verbot der bedeutendsten Nazikraft im Land ist der Koalition der Burgfriede im eigenen Lager. Auch wenn ein gemeinsamer Antrag der Verfassungsorgane rechtlich nicht von Bedeutung ist, ist er es doch politisch. Schließlich ist es beim Kampf gegen Rechtsextreme nicht mit einem Verbotsverfahren getan. Hinzu kommen muss auf jeden Fall die gesellschaftliche Ächtung von Neofaschismus. Genau das hätte die Bundesregierung mit einer Beteiligung am Verbot ausdrücken können.

Das Mindeste, was man jetzt von den Regierungsfraktionen erwarten kann, ist, die Abstimmung im Bundestag freizugeben und die Fraktionsdisziplin aufzuheben. Sollte das nicht geschehen, müssen sich die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP die Gewissensfrage stellen: Verfügen sie tatsächlich über die - auch von ihnen stets geforderte - Courage im Kampf gegen Nazis? Dann müssen sie auch den Mut haben, sich der Feigheit ihrer Führungen zu widersetzen und für eine Beteiligung des Parlaments am Verbotsverfahren zu stimmen. Es gilt, Gesicht zu zeigen gegen Rechts.“

Ulla Jelpke, MdB Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Sächsischer „Verfassungsschutz“ als defektes Frühwarnsystem

Zur Tagung des „Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen“ erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin der Linksfraktion für antifaschistische Politik:

„Wenn am Wochenende der Kurort Oberwiesenthal am Wochenende nicht als Wintersportort bundesweit von sich reden machte, sondern als Treffpunkt von in- und ausländischen Vertretern der extremen Rechten, dann ist zu einem erheblichen Teil das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz dafür verantwortlich. Bis zum vergangenen Jahr hatten die Jahrestreffen des 1992 auf Initiative des durch die Bundesregierung als „Rechtsextremisten“ eingestuften Dietmar Munier gegründeten Vereins im bayerischen Pommersfelden stattgefunden. Dort war ihnen in diesem Jahr der Zutritt verweigert worden.

Stattdessen wich der Verein nach Oberwiesenthal aus. Der Inhaber des Hotels, in dem die Veranstaltung mit rund 200 Teilnehmenden letztlich stattfand, war nach seinen glaubhaften Aussagen über den Charakter seiner Gäste im Vorfeld nicht informiert worden, sah aber keine Möglichkeit der Kündigung mehr. Eine Vorinformation durch das Landesamt für Verfassungsschutz, das sich selbst gern als Frühwarnsystem bezeichnet, erfolgte erst am Tag des Veranstaltungsbeginns. Dieses Frühwarnsystem ist offensichtlich seit geraumer Zeit defekt. Den Schaden haben die Stadt Oberwiesenthal und der betroffene Hotelier.

Munier und sein Vereins- und Verlagsgeflecht werden sowohl von der Bundesregierung als auch der Landesregierung Schleswig-Holstein, wo der Sitz seiner Firmen angesiedelt ist, als zur extremen Rechten zählend eingestuft. Munier begann seine Karriere in der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten, 1996 erließen die russischen Behörden ein Einreiseverbot gegen Munier wegen seiner Aktivitäten in der Oblast Kaliningrad. Seine Verlage sind geschichtsrevisionistisch ausgerichtet. Dies alles hätte selbstverständlich auch der sächsische „Verfassungsschutz“ wissen können und müssen.

Ich werde von Innenminister Ulbig in einer Kleinen Anfrage Auskunft über das neuerliche Versagen der ihm unterstellten Behörde fordern.

Kerstin Köditz, MdL Sachsen ■

Der Front National nahe an Fünfzig-Prozent-Hürde bei einer Nachwahl

48,6 Prozent für die Kandidatin des rechtsextremen Front National und 51,4 Prozent für ihren konservativen Gegenkandidaten. Ein Traum für Rechte aller Schattierungen, ein Alptraum für andere politische Kräfte. So sahen am Sonntag, den 24. März 2013 die Ergebnisse der Stichwahl im zweiten Wahlkreis des Bezirks Oise – rund dreißig Kilometer nördlich von Paris – aus.

Der dortige Parlamentssitz musste neu besetzt werden, nachdem die Wahl des Abgeordneten Jean-François Mancel bei der letzten allgemeinen Parlamentswahl vom Juni 2012 gerichtlich annulliert worden waren. Aufgrund eines diffamierenden Flugblatts gegen Mancels sozialdemokratische Gegenkandidatin Sylvie Houssin war sie angefochten worden. …

Bei der allgemeinen Parlamentswahl im Juni 2012 hatte der Konservativ-Wirtschaftsliberale Mancel den Wahlkreis gewonnen, doch nur um 63 einzelne Stimmen vor seiner sozialdemokratischen Herausfordererin Sylvie Houssain gelegen. Damals konnten sich drei Bewerber für die Stichwahl qualifizieren: Mancel für die UMP, Houssain für die Sozialdemokratie und Florence Italiani für den rechtsextremen Front National (FN). Diese drei erhielten in der Stichwahl respektive 38,97 %, 38,84 % sowie 22,18 %.

Heute bietet sich jedoch ein anderes Bild. Nach dem ersten Wahlgang vom 17. März musste die örtliche Sozialdemokratie aus dem Rennen ausscheiden.

Am 17. März 13 erhielt Mancel nunmehr im ersten Durchgang 40,61 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die rechtsextreme Kandidatin Italiani erzielte 26,58 %, und die sozialdemokratische Bewerberin ihrerseits 21,37 %. Aufgrund der ausgesprochen niedrigen Wahlbeteiligung (32,79 %) reichte es für Letztere jedoch nicht zum Einzug in die Stichwahl. Sicherlich bezahlte Sylvie Houssain auch die Quittung für den sozialen Unmut in einem Teil der Gesellschaft, bezüglich der Regierungspolitik ihrer Parteifreunde auf nationaler Ebene.

Das Département Oise stellt seit langem eine konservativ-reaktionäre Ecke mit hohem FN-Anteil dar, u.a. aufgrund der relativ starken Präsenz früherer Soldaten im Algerienkrieg oder früherer europäischer Algeriensiedler vor der Unabhängigkeit des Landes von 1962. Der aktuelle Wahlerfolg der FN-Kandidatin Florence Italiani hat jedoch beträchtliche Ausmaße erreicht.

Zwischen den beiden Wahlgängen stieg die Wahlbeteiligung um rund drei Prozentpunkte an, auf nunmehr 37,5 Prozent. Dabei konnte Italiani, die in der Stichwahl insgesamt 13 190 Stimmen erhielt, zwischen den beiden Durchgängen rund 3000 Stimmen hinzugewinnen und ihren prozentualen Anteil erheblich steigern. Ihre Stimmengewinne kamen aus unterschiedlichen politischen Lagern.

Eine erste Analyse von Joël Gombin, Doktorand der Politikwissenschaft in der Regionalhauptstadt Amiens, spricht davon, rund 3500 Nichtwähler aus dem ersten Wahlgang hätten an der Stichwahl teilgenommen und dabei für die FN-Kandidatin votiert. Aber auch rund 2500 Wähler der sozialdemokratischen Kandidatin im ersten Wahlgang – 43 Prozent ihrer Wählerschaft, folgt man Gombin – und rund 2000 Wähler Jean-François Mancels im ersten Durchgang wechselten demnach zugunsten der FN-Bewerberin die Seiten. Die Sozialdemokratie hatte im Namen der „republikanischen Front“, also eines Stimmbündnisses zur Verhinderung eines rechtsextremen Wahlsieges (wie sie seit den 1990er Jahren unter dieser Bezeichnung praktiziert wird), zur Wahl von Jean-François Mancel in der Stichwahl aufgerufen. In einem Teil der Linken stieß dies auf Kritik, da Mancel selbst in der Vergangenheit als Befürworter von Rechts-Rechts-Bündnissen mit dem FN in Erscheinung trat.

Erstaunlich ist, dass daneben auch ein Teil von dessen Wählern aus dem ersten Wahlgang vor der Stichwahl zur FN-Kandidatin überwechselte. Möglicherweise hat die Nachricht vom Freitag, den 22. März über die Einleitung eines Strafverfahrens wegen aktiver Korruption gegen Ex-Staatspräsident Nicolas Sarkozy (den Mancel unterstützt hatte) diesen Umschwung in Teilen der konservativen Wählerschaft bewirkt. Ein Untersuchungsrichter in Bordeaux sah es als erwiesen an, dass Sarkozy sich illegal von der Multimilliardärin Liliane Bettencourt finanzieren ließ, was in der politischen Landschaft einschlug wie eine Bombe. (Der zuständige Untersuchungsrichter Gentil enthielt inzwischen Morddrohungen, welche die Justiz ernst genug nahm, um ein Anti-Terror-Ermittlungsverfahren einzuleiten.)

Jean-François Mancel erklärte in einem Interview im März 1998 in der rechtslastigen Wirtschaftszeitschrift ‚Valeurs Actuelles‘ seine Bereitschaft zu einem Bündnis mit dem Front National in seinem Département. Mancel fügte vielsagend hinzu: „Andere, die es nicht auszusprechen wagen, werden hinzukommen. Es kommt ein Moment, wo man die Wahrheit sagen muss.“ Dazu formulierte die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde’ vom 08./09. März 1998: „Auf dem Spiel steht die Formierung des Lagers der Anhänger, innerhalb der parlamentarischen Rechten, von Abkommen mit der extremen Rechten.“

Jean-François Mancel verhält sich heute zu diesem Thema diskret. Aber andere Protagonisten seines politischen Lagers arbeiten daran, Kanäle zur extremen Rechten zu eröffnen. Etwa jene konservative Parlamentarier, die in der zweiten Märzwoche dieses Jahres der 23jährigen Abgeordneten des FN im französischen Parlament, Marion Maréchal-Le Pen, applaudierten, als diese Innenminister Manuel Valls zu den Roma befragte.

Parteichefin Marine Le Pen hält sich unterdessen „am anderen Ende der Welt“ auf: In der dritten und vierten Märzwoche bereiste sie zunächst Neukaledonien im Westpazifik, und einige Tage später Französisch-Polynesien. Beide Inselgruppen stehen in naher Zukunft vor einer Entscheidung über die Unabhängigkeit von der Noch-Kolonialmacht. In beiden Fällen rief Marine Le Pen dazu auf, die Stimmen der Gegner einer solchen Unabhängigkeit zu bündeln und für den Verbleib bei Frankreich zu mobilisieren.

Dies ist strategisch umso interessanter für sie, als die konservativ-wirtschaftsliberale Partei UMP bzw. ihr lokaler Ableger (das Rassemblement-UMP) in Neukaledonien sich soeben in zwei größere Hälften aufspalte. Eine Minderheitsfraktion trennte sich von ihrer bisherigen Partei und gründete das Mouvement populaire calédonien (MPC, „Kaledonische Volksbewegung“)[1]. Die Abgespaltenen werfen ihrer alten Partei zu starke Zugeständnisse an die Befürworter einer Unabhängigkeit von Frankreich – wie sie durch die melanesische angestammte Bevölkerung gefordert wird, und über welche bis spätestens 2018 abgestimmt werden soll – vor. So hatte der langjährige Chef der Konservativen auf der Inselgruppe, Jacques Lafleur, seit dem Jahr 2010 akzeptiert, dass eine eigenständige Flagge Neukaledoniens neben der französischen Trikolorefahne gezeigt wird. In den Augen mancher Rechten ein Frevel. Die Hardliner-Abspaltung genießt die Unterstützung von UMP-Parteichef Jean-François Copé von Paris aus. Aber die Tatsache der Spaltung der Hauptpartei auf der Rechten könnte dem FN taktisch nutzen.

In Französisch-Polynesien traf Marine Le Pen mit dem früheren Präsidenten der Inselgruppe, Gaston Flosse, einem Freund von Altpräsident Jacques Chirac, zusammen. Der Konservative und Unabhängigkeitsgegner Flosse wurde vor kurzem in einem Strafverfahren wegen Korruption erstinstanzlich zu fünf Jahren Haft, in einer weiteren Affäre (in zweiter Instanz) zu vier Jahren verurteilt – die Berufung läuft jedoch in beiden Fällen. Marine Le Pen rechtfertigte ihr Zusammentreffen mit Flosse, dieser stehe gewiss nicht für eine „moralische Republik“, aber: „Eine unmoralische Republik ist mir lieber als überhaupt keine Republik.“ Sprich, als die Unabhängigkeit des „Überseeterritoriums“.

1 Vgl. http://nouvellecaledonie.la1ere.fr/2013/03/28/ la-rupture-definitive-creation-du-mpcle-mouvement-populaire-caledonien-23137.html

Bernard Schmid ■

Alle EU-Bürger/innen sind rechtlich gleichgestellt

Der ver.di-Gewerkschaftsrat hat in seiner Sitzung Mitte März eine Resolution für die rechtliche Gleichstellung aller EU-Bürger/innen verabschiedet. „Wir können nicht akzeptieren, dass nur der Kapitalfluss innerhalb der EU frei ist, aber die Rechte der rumänischen und bulgarischen Bürger/innen eingeschränkt bleiben“, heißt es darin. Kritisiert wird außerdem, dass mit einer „Eindämmungsrhetorik“ vor allem Sorgen von Bundesbürger/inenn befördert werden, die eine „Massenzuwanderung von arbeitslosen Roma befürchten“. Wer herkomme und tatsächlich bedürftig sei, müsste allerdings unterstützt werden, um sich hierzulande eingliedern können. Dazu müssten Bund und Länder besonders hoch belastete Kommunen unterstützen, heißt es weiter.

Quelle: http://www.verdi-news.de 26.03.2013 ■

Schweden: Proteste gegen „Racial Profiling“

Mitte März haben etwa 3000 Menschen in Schweden gegen Polizeikontrollen protestiert, die auf dem äußeren Erscheinungsbild von Menschen beruhen (Racial Profiling). Im Rahmen des sogenannten Reva-Projekts, mit dem die Zahl der Abschiebungen irregulärer Migranten erhöht werden soll, sei es nach Auskunft schwedischer Nichtregierungsorganisationen verstärkt zu Kontrollen von Menschen aufgrund ihres ausländischen Aussehens, Namens oder ihrer fremd klingenden Sprache gekommen. Solche Kontrollen sind in Schweden verboten. Die schwedische Polizei stritt diesen Vorwurf zunächst ab, sagte dann aber, dass sie derartige Identitätskontrollen nicht mehr vornehmen werde, um irreguläre Migranten zu finden und rückzuführen. Auch in Deutschland gab es im vergangenen Jahr eine Diskussion um Racial Profiling. Das Verwaltungsgericht Koblenz hatte Ende Oktober in einem Berufungsverfahren entschieden, dass die Polizei Personen nicht allein aufgrund ihrer Hautfarbe kontrollieren darf (vgl. Ausgaben 8/12, 4/12 http://fra.europa.eu

Quelle: Newsletters „Migration und Bevölkerung“ 22.03.2013 ■

BCE-Jugend Ibbenbüren aktiv gegen Rechts

Die IG BCE Jugend im Bezirk Ibbenbüren fordert die Politik in der Region auf, mehr gegen Rechts zu tun. In der Region gab es im ersten Halbjahr 2012 insgesamt 36 erfasste Straftaten rechtsorientierter Gewalt. Für die BCE-Jugend – so der Vorsitzende Nicolas Hövelmeyer – ist das viel zu viel. Im Dezember 2012 haben die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit einem lebendigen Denkmal, das die rechte Gewalt darstellt, zunächst einmal die Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam gemacht.

Parallel dazu hatte die BCE-Jugend eine Petition gestartet. Darin fordert sie „die Politikerinnen und Politiker unserer Gemeinden dazu auf, durch neue Projekte und eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit auf das wachsende Gewalt- und Gefahrenpotential von Rechts zu reagieren“. 450 Unterschriften konnten gesammelt werden. Patrick Leveringhaus von der IG BCE kann sich zum Beispiel vorstellen, dass die Aktivitäten einer Schule mit dem Titel „Schule gegen Rassismus“ stärker unterstützt werden.



Das heißt nicht, dass die BCE-Jugend das Thema nun ad acta legt. Die Aufgabe aktiv gegen Rechts wird die IG BCE Jugend des Bezirks Ibbenbüren in diesem Jahr ganz sicher begleiten, sagt Patrick Leveringhaus. Vor allem haben die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sich vorgenommen, in ihren Bereichen für dieses Thema zu sensibilisieren.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt März 2013“ ■

EU-Asylsystem grausame Lotterie für Flüchtlinge

„An den grundsätzlichen Mängeln des EU-Asylsystems ändert sich gar nichts“, kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke die gestrige Einigung der EU-Institutionen zum EU-Asylsystem. Jelpke weiter:

Die Einigung ist eine schlechte Nachricht für Schutzsuchende und ein Armutszeugnis für die Europäische Union.

Vor allem Deutschland hat sich als Kernland der EU der dringend erforderlichen, solidarischen Umgestaltung des Asylsystems widersetzt.

Das Kernstück des ungerechten Asylsystems – die Dublin-Verordnung – bleibt im Prinzip unverändert. Das bedeutet, dass Flüchtlinge weiterhin quer durch Europa verschoben werden, weil die Außenstaaten der Union alleine zuständig bleiben für Aufnahme und Asylverfahren. Dabei sind die Asylbedingungen in Griechenland, Italien, Malta und anderen EU-Mitgliedstaaten untragbar. Das Versprechen gleicher Anerkennungschancen und Verfahrens- und Unterbringungsstandards in der EU bleibt eine Illusion, der Flüchtlingsschutz ein Lotterieverfahren.

Alle positiven Vorschläge der EU-Kommission zur Verbesserung des Asylsystems wurden von den Mitgliedstaaten systematisch hintertrieben.

Weiterhin werden Asylsuchende schlimmer als Kriminelle behandelt, weil ihnen ohne jeden Anlass und Verdachtsgrund Fingerabdrücke abgenommen werden, weil sie jederzeit, ohne Straftaten begangen zu haben, inhaftiert werden können.

Die EU bleibt für Flüchtlinge das Gegenteil eines Raumes der ‚Freiheit, der Sicherheit und des Rechts‘, als den sie sich selbst bezeichnet.

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 26.03.2013 ■

Konferenz: kurdische Frage im zukünftigen Syrien

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir möchten Sie herzlich zur internationalen Konferenz „Die Lösung der kurdischen Frage im zukünftigen Syrien – Ein Beitrag für Dialog, Demokratie und Frieden“, die am 17. April 2013 im Berliner Abgeordnetenhaus stattfinden wird, einladen. Die Einladung, inklusive des Konferenzverlaufs, finden Sie im Anhang.

FriedensaktivistInnen und PolitikexpertInnen aus dem Nahen Osten und Europa diskutieren über die Perspektive einer demokratischen und friedlichen Lösung der kurdischen Frage im zukünftigen Syrien. Es sollen Möglichkeiten gefunden werden, damit die Völker Syriens und des Mittleren Ostens nach der Ablösung des Assad-Regimes in Frieden miteinander leben können.

Die Konferenz wird Deutsch/Kurdisch und Kurdisch/Deutsch simultan übersetzt.

Sollten Sie andere kennen, die an der Veranstaltung teilnehmen möchten, dann sind diese selbstverständlich auch eingeladen.

Veranstalter:

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., **Dialog-Kreis:** „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“ und **Robert Schaddach,** MdA Berlin (SPD)

Unterstützer:

Aachener Friedenspreis • Bundesausschuss Friedensratschlag • Bund für Soziale Verteidigung • IPPNW • Komitee für Grundrechte und Demokratie • Kooperation für den Frieden • medico international • Netzwerk Friedenskooperative • Netzwerk Kurdische AkademikerInnen-Kurd Akad • Pro Humanitate e.V.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme, die bis zum 10. April 2013 per Mail an info@civaka-azad.org oder dialog-kreis@t-online.de zu bestätigen ist.

Quelle: dialogkreis@web.de 27.03.2013

PRO ASYL appelliert an EU-Innenminister

Anlässlich der morgigen Konferenz der europäischen Innenminister fordert die bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL ein europaweites Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge. PRO ASYL appelliert an den Bundesinnenminister, sich nicht nur für ein solches Aufnahmeprogramm auszusprechen, sondern auch einen substanziellen Beitrag Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Aussicht zu stellen.

Die Zahl der syrischen Flüchtlinge ist in jüngster Zeit sprunghaft angestiegen, von etwa 600 000 vor drei Monaten auf nunmehr 1 000 000 Menschen, die es in die Erstaufnahmelager der Nachbarstaaten geschafft haben. Hinzu kommen noch größere Zahlen von Binnenflüchtlingen im Lande selbst.

Die Erstaufnahmestaaten, darunter Jordanien, die Türkei und der Libanon, sind jetzt auf mehr als finanzielle Unterstützung angewiesen. „Wer die Aufnahmebereitschaft der Erstaufnahmestaaten erhalten will, der muss selbst bereit sein, Flüchtlinge aufzunehmen.", so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Anders als zu Beginn des syrischen Konfliktes sei keine Lösung in Sicht, die eine Rückkehr der Flüchtlinge in absehbarer Zeit denkbar erscheinen lasse. Noch mehr Geld und noch mehr Zelte könnten nicht mehr das letzte Wort sein.

PRO ASYL appelliert an die Bundesregierung, zunächst in eigener Kompetenz großzügig Visa unter anderem an syrische Flüchtlinge zu erteilen, die in Deutschland lebende Verwandte haben und die im Moment noch in Erstaufnahmestaaten festsitzen oder aufgrund der Zuständigkeitsverordnung Dublin II in anderen EU-Staaten gestrandet sind. Es ist widersinnig, diese Menschen von familiären Unterstützungsmöglichkeiten abzuschneiden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 6. März 2013 ■

Grüner Protest gegen elektronische Festung

Die Grünen Europaabgeordneten Ska Keller und Jan Philipp Albrecht haben heute die Protestfotos der Aktion „Smash Smart Borders" an die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström übergeben. Grüne und AktivistInnen aus Deutschland und ganz Europa haben sich mit einem Smash-Foto an der Aktion beteiligt, um gegen die Aufrüstung Europas zur elektronischen Festung zu protestieren. Die Aktion richtet sich vor allem gegen den jüngsten Vorstoß der Europäischen Kommission zur Grenzüberwachung, „Smart Borders".

Ska Keller, migrationspolitische Sprecherin der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, erläutert:

„Mit ‚Smart Borders' will die EU eine Mega-Ausländerdatenbank an den Außengrenzen der EU einrichten. Das ist der Einstieg in Big Brother und die großflächige Diskriminierung von Drittstaatenangehörigen. ‘Smart Borders’ sind ein völlig überteuerter Haufen nutzloser Elektronik. Die Kommission rechnet mit 1,1 Milliarden Euro allein aus dem EU-Haushalt – und das nur, um die genaue Zahl der AusländerInnen zu erfassen, die ihre Aufenthaltserlaubnis in der EU überziehen. Das ist eine ungeheuerliche Geldverschwendung."

Jan Philipp Albrecht, innen- und justizpolitischer Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, erklärt:

„Während bei der Zusammenarbeit der Europäischen Polizeibehörde Europol mit der Europäischen Ermittlungsbehörde Eurojust das Geld fehlt, will die Europäische Kommission mit ihrem Smart Borders-Projekt und der Fluggastdatenanalyse hunderte Millionen Euro zum Fenster rauswerfen. Die darin vorgesehenen Datensammlungen verletzen grundlegende Datenschutzprinzipien, während ihre Effektivität hoch umstritten ist."

Quelle: Pressemitteilung franziska.keller@europarl.europa.eu Brüssel 20.03.2013 ■

ver.di-Jugendliche: Spur von Ungleichbehandlung

Was ist deutsch und wie kann jemand die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben? Und: Wie leben Asylsuchende in Deutschland? Diesen Fragen gehen die Mitglieder des Bezirksjugendvorstands ver.di Weser- Ems in ihrem Film nach, der im Wettbewerb „Die Gelbe Hand" auf dem zweiten Platz landete. Titel: Schweigen ist nicht immer Gold – Asyl(un)recht in der Bundesrepublik. Den Autorinnen und Autoren ging es dabei nicht darum, die komplizierte Gesetzeslage im Detail juristisch aufzudröseln. Vielmehr machen sie deutlich, dass die rechtlichen Regelungen oft einem grundlegenden Gerechtigkeitsgefühl widersprechen.

Warum kann jemand, der hier seit langem lebt, zur Schule gegangen ist und seine Freunde hier hat, abgeschoben werden? Um sich den Themen zu nähern, werden Passantinnen und Passanten danach gefragt, wie man die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben kann bzw. wie Asylsuchende leben.

Die Antworten zeigen, dass das Wissen etwa um das Staatsangehörigkeitsrecht eher gering ist. Zwei „Schlaubis" setzen die Antworten dann in ein Verhältnis zur Rechtslage. Ebenso wird beim Thema Asylsuchende verfahren. Hier ist allerdings zumindest ansatzweise bekannt, dass deren Lage alles andere als komfortabel ist. Sie leben in Containern am Rande der Stadt – lassen sich zwei, drei Antworten zusammenfassen. Die „Schlaubis" erläutern dann die rechtliche Lage, mit der sich die Betroffenen konfrontiert sehen – von Lebensmittelgutscheinen über Arbeitsverbot bis zur Residenzpflicht (die inzwischen allerdings etwas gelockert wurde).

Insgesamt gelingt es den Autorinnen und Autoren des Films für zwei wichtige Fragen von Ungleichbehandlung in Deutschland zu sensibilisieren.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt März 2013" 27.03.2013 ■

Niedersachsen: Umstellung des Wertgutscheinsystems

Die neue Landesregierung hatte bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung die Absicht erklärt, die Wertgutscheinpraxis abzuschaffen. Bislang war die Rechtsauffassung vertreten worden, dass eine

Gewährung von Geldleistungen nur als ganz besondere Ausnahmeregelung im Einzelfall, nicht aber grundsätzlich zulässig sei.

In einer Mitteilung des Flüchtlingsrats Niedersachsen heißt es dazu:

„Die angekündigte “Wende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik” schreitet weiter voran. Deutlich wird dies derzeit mit dem Erlass vom 27.02. 2013, in dem das Innenministerium seine bisherige Haltung hinsichtlich der Gewährung von Bargeld geändert hat. Niedersächsischen Kommunen wird darin frei gestellt, ob sie zukünftig weiterhin Wertgutscheine oder Bargeld an Flüchtlinge ausgeben.

Nach bisherigem Kenntnisstand planen folgende Kreise und kreisfreie Städte die Umstellung auf Bargeldauszahlung in den kommenden Monaten:

- ab 01.04.2013: Stadt Göttingen / Stadt Oldenburg / Stadt Delmenhorst / Stadt Osnabrück / LK Holzminden / Stadt und LK Lüneburg/ LK Wittmund / LK Wesermarsch / LK Hameln-Pyrmont
- ab 01.05.2013: LK Northeim / Stadt Wolfsburg / Stadt und LK Cuxhaven / Stadt Wilhelmshaven
- ab 01.06.2013: Stadt Hannover
- Stadt und LK Hildesheim / LK Leer (es liegt noch kein konkretes Datum vor)

Folgende Kommunen wollen weiterhin Gutscheine auszahlen:

- Grafschaft Bentheim
- LK Stade"

Das Festhalten an Gutscheinen im Landkreis Stade ist dem Landkreis, der in der Vergangenheit immer wieder auch durch haarsträubende Entscheidungen seiner Ausländerbehörde Schlagzeilen machte, jährlich 10 000 Euro wert: Diesen Betrag zahlt der Landkreis der obskuren Dienstleistungsfirma „Sodexho" dafür, dass sie die Gutscheine druckt und ausgibt.

Seit das Innenministerium die Bargeldauszahlung an Flüchtlinge im Februar

2013 ermöglicht hat, ist das Festhalten an der diskriminierenden und für den Landkreis teuren Gutscheinpraxis ausschließlich der Landkreisverwaltung anzulasten. Der „Arbeitskreis Asyl“ und die „BI Menschenrechte“ werden mit ihrer Umtauschaktion „Geld gegen Gutscheine“ weiterhin für einen solidarischen Umgang mit Flüchtlingen eintreten und dafür sorgen, dass der öffentliche Druck nicht nachlässt.

Quelle. Flüchtlingsrat Niedersachsen 19./20.03.2013 – AK Asyl Stade ■

Bundesregierung: Aufnahme syrischer Flüchtlinge

PRO ASYL begrüßt Vorstoß der Bundesregierung zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge Familienangehörige aufnehmen – auch außerhalb eines Kontingents

PRO ASYL begrüßt den Kurswechsel der Bundesregierung in der die Debatte zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem syrischem Krisengebiet. Medienberichten zufolge ist das Innenministerium nunmehr bereit, eine größere Anzahl syrischer Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und sich für ein europäisches Aufnahmeprogramm einzusetzen.

Dies wäre ein erster wichtiger Schritt zur Unterstützung der Nachbarstaaten Syriens. Zwischen 5.000 bis 10000 Menschen fliehen täglich nach Jordanien, in den Libanon, die Türkei und den Irak, Hunderttausende sind dort aufgenommen worden. Die Krise in den Nachbarstaaten bewege sich auf ein „unvorstellbares Desaster zu“, so UN-Flüchtlingskommissar Antontio Guterres.

Angesichts der Dramatik erwartet PRO ASYL, dass Deutschland in der EU auf eine sofortige Aufnahme von Zehntausenden von Flüchtlingen drängt. „Mit einigen Tausend ist es nicht getan“, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Während der Balkankriege hatten in Deutschland und anderen EU-Staaten Hundertausende Menschen Zuflucht gefunden.

Zudem fordert PRO ASYL: Familienangehörige müssen außerhalb eines Notaufnahmekontingents aufgenommen werden. Zahlreiche in Deutschland lebende Syrer wenden sich seit Monaten verzweifelt an Behörden und Beratungsstellen, um in Syrien verbliebene oder in Nachbarstaaten geflohene Angehörige zu sich holen zu dürfen.

PRO ASYL fordert die Innenminister von Bund und Ländern auf, ihre rigide Visaverweigerungspolitik aufzugeben. Bislang wird Angehörigen von in Deutschland lebenden Syrern in vielen Fällen die Visaerteilung mit dem Hinweis auf „mangelnde Rückkehrbereitschaft“ verweigert. Zudem können Visa für Angehörige, die nicht zur „Kernfamilie“ gehören, bislang nur „zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte gewährt werden“. Der Bürgerkrieg in Syrien gilt jedoch nicht als eine solche Härte. In Deutschland leben rund 40000 Syrer, von denen viele bereit sind, Familienangehörige aufzunehmen.

Staaten wie Deutschland und andere im Zentrum der Europäischen Union müssen in Griechenland oder Bulgarien gestrandeten Syrern die Weiterreise nach Deutschland erlauben, wenn die betroffenen Anknüpfungspunkte in Deutschland haben. Die Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme darf nicht allein den Grenzstaaten der EU aufgebürdet werden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 20. März 2013 ■

Bundesregierung nimmt Todesdrohungen lediglich „zur Kenntnis“

„Anstatt kurdische Exilpolitiker weiter als potentielle Gefahr für die innere Sicherheit zu behandeln, sollte die Bundesregierung ihrer Schutzverantwortung gegenüber diesen als politischen Flüchtlingen hier lebenden Menschen nachkommen. Trotz der Ankündigung türkischer Regierungspolitiker, es könne auch in Deutschland zu Morden an kurdischen Aktivisten kommen, sieht die Bundesregierung keine <konkreten Gefährdungssachverhalte<“, beklagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, nach der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu Attentatsplänen gegen kurdische Exilpolitikerinnen und –politiker (BT-Drucksache 17/12612). Am 9. Januar waren die drei kurdischen Politikerinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez in Paris ermordet worden. Dringend tatverdächtig ist der in Untersuchungshaft sitzende türkische Nationalist Ömer G., der nach Recherchen kurdischer Journalisten sowohl Kontakte zum türkischen Geheimdienst wie auch zu den faschistischen Grauen Wölfen unterhalten hat. Jelpke weiter:

Die Bundesregierung gibt an, „keine Erkenntnisse über die Urheberschaft der Tötungen“ von Paris zu haben und „sich nicht an derartigen Spekulationen“ zu beteiligen, heißt es in der Antwort. Doch offenbar hat die Bundesregierung gar kein Interesse an Erkenntnissen, obwohl der Tatverdächtige Ömer G. nach meinen Informationen zuvor lange in Bayern gelebt hat, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und in Deutschland wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz gegen ihn ermittelt wurde. Die Aussagen des Vizevorsitzenden der türkischen Regierungspartei AKP, Mehmet Ali Sahin, er rechne mit ähnlichen Attentaten in Deutschland, sei zwar „zur Kenntnis“ genommen worden. Doch „die Bundesregierung oder deutsche Sicherheitsbehörden haben keinen Kontakt zu Mehmet Ali Sahin aufgenommen und sehen auch keine Notwendigkeit dies zu tun“, erklärt die Bundesregierung rund zwei Monate nach den Morden. Auch die Äußerung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, wenn sich die Bundesregierung weigere, gesuchte kurdische Politiker an die Türkei auszuliefern, könne „von nun an auch Deutschland mit solchen Schwierigkeiten konfrontiert werden“, wurde offenbar nicht thematisiert. Bei den jüngsten Türkeibesuchen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Innenstaatssekretär Klaus-Dieter Fritsche sei zwar über die Bekämpfung der PKK gesprochen, doch „spezifische Einzelfälle nicht im Detail erörtert“ worden.“

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 22.03.2013 ■

Internationales Flüchtlingstribunal

Das Netzwerk der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen organisiert im Sommer 2013 in Berlin ein internationales Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland. Die Idee dazu kam 2009 im Rahmen der Konferenz „Vereint gegen koloniales Unrecht in Deutschland“ auf (http://thecaravan.org/node/2125).

Das KARAWANE-Netzwerk wird Flüchtlingen und Migrant_innen die Möglichkeit geben, die Bundesrepublik Deutschland öffentlich in Berlin anzuklagen. Die deutsche Regierung wird dafür verantwortlich gemacht, tagtäglich Menschen dazu zu bringen, ihr Land als Flüchtlinge zu verlassen, Tötungen an den Außengrenzen Europas zu veranlassen und psychisches und physisches Leid hervorzubringen, das Flüchtlinge und Migrant_innen hier in Deutschland alltäglich erfahren.

Situationsbeschreibungen, Zeugenaussagen sowie konkrete Beweise werden von drei Gruppen vorgestellt:

- die Betroffenen und deren Familien
- aktive Sachkundige (Expert_innen) sowie
- selbstorganisierte Gruppen von Flüchtlingen und Migrant_innen

Die Unterdrückten und deren Familien werden ihre persönlichen schmerzhaften Erfahrungen und eigenen Geschichten selbst erzählen. Aktive Fachleute und Sachkundige, darunter Ärzt_innen, Rechtsanwält_innen, Professor_innen für Soziologie, Recht oder Politik, werden die Praktiken der deutschen Politik mit den internationalen Abkommen abgleichen und die Situation aus ihrem professionellen Blickwinkel einschätzen. Selbstorganisierte Gruppen von Flüchtlinge und Migrant_innen präsentieren ihre langen Widerstandsgeschichten zur Verteidigung der Grundrechte aus der Sicht von Flüchtlingen und Migrant_innen. Das Tribunal reflektiert diese Erfah-



rungen, evaluiert sie und eröffnet Perspektiven. Vor und während des Tribunals selbst wollen wir eine Dokumentation zu den Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeiten, mit denen Flüchtlinge und Migrant_innen konfrontiert werden, zusammenzustellen. Diese wird Menschenrechtsorganisationen und anderen Interessierten zur Verfügung gestellt.

Bei unserem ersten Vorbereitungstreffen Ende 2012 haben wir die Ziele und Inhalte des Tribunals diskutiert, einen Leitfaden für die Präsentation von Zeugenaussagen und Anklagen entwickelt, Koordinationsgruppen bestimmt, einen Kalender zu den Aktivitäten und Mobilisierungsaktionen festgelegt und das Camp am Oranienplatz als Veranstaltungsort ausgewählt.

Bei unserem dritten Treffen Mitte Januar haben wir uns vor allem mit der Mobilisierung für das Tribunal beschäftigt. Wir haben einen Mobilisierungsplan und einen Zeitplan entwickelt und erörtert, wie wir es jeder/ jedem Aktivist_in ermöglichen können sich einzubeziehen. Dies schließt die Sammlung von Zeugenaussagen und Anklagen ein, die beim Tribunal vorgestellt werden sollen. Wir sind auch tiefer in die Bestimmung des aktuellen Programms des Tribunals eingestiegen und haben Themen wie Infrastruktur und politische Inhalte besprochen.

Unser nächstes Treffen wird am Wochenende des 30. bis 31. März in Berlin stattfinden und wir laden Euch herzlich ein, an den Vorbereitungen teilzunehmen.

Quelle: The VOICE Berlin 24.03.2013 ■

Refugee Bus Tour: Polizeigewalt in Neumünster Break Isolation!!

No Borders and no repression against refugees!!

Die Refugees' Revolution Bus Tour ist heute, 18.03. wieder heftiger Polizeigewalt und Repression ausgesetzt. Nach den unverhältnismäßigen Übergriffen in Karlsruhe und Köln wie auch der starken Polizeipräsenz in den meisten anderen Lagern zeigt sich hier wieder die heftige Reaktion eines rassistischen Polizeistaates auf die antirassistischen, antikapitalistischen Kämpfe der Geflüchteten. Seit 9h morgens verfolgten 8-9 Polizeiwagen die Info-Tour in Neumünster. Beim Besuch der Erstaufnahmestelle verteilten heute die Aktivist_innen der Tour, unterstützt von Supporter_innen aus Lübeck und Kiel, wie immer Flyer und informierten dortige Refugees über den Protest. Viele Lager-Insass_innen haben gut darauf reagiert und das Lager verlassen, um uns auf der Kundgebung vor dem Lager zu unterstützen. Die Bustour-Aktivist_innen wurden allerdings gar nicht erst in das Lager gelassen. Stattdessen reagierte die Polizei mit massiver Präsenz: Eine Polizeikette schirmte das Lager draußen ab und im (!) Lager warteten bereits 7 oder 8 Polizeiautos. Es durften nur drei Refugee-Aktivist_innen in Begleitung von Sozialarbeiter_innen das Lager betreten. Die verbleibenden Aktivist_innen forderten in den Verhandlungen mit der Polizei, dass alle das Lager betreten dürfen. Dieser Forderung wurde seitens der Polizei aber nicht entsprochen, vordergründig wegen eines vermeintlichen Hausrechts, aber damit dem Besuchsrecht der Bewohner_innen widersprechend. In Reaktion darauf blockierten die Aktivist_innen eine Straße, um gegen das Verbot das Lager zu betreten zu protestieren. Die Polizei ging hier erneut extrem eskalativ dagegen vor, indem sie weitere Einheiten anforderte. Die Straßenbesetzung wurde daraufhin gewaltsam zerschlagen. Dabei gab es insgesamt 6 Festnahmen und 4 Verletzte, von denen zwei ins Krankenhaus gebracht wurden und 2 in die GESA. Hierbei wurde wieder besonders repressiv gegenüber den Refugees vorgegangen: Verletzt wurden wie bei früheren Protestaktionen wiederum nur Refugee-Aktivist_innen. Während die Supporter_innen schnell wieder freigesetzt wurden, wurden die Refugees länger im Gefängnis festgehalten und die „Ausländerbehörden" aktiviert, mit ungewissem Ausgang für ihren Rechtsstatus. Inzwischen sind alle nach erkennungsdienstlicher Behandlung erstmal wieder frei (Stand: 19h30). Gegenwärtig stehen Polizeiautos am Ort, wo der abendliche Workshop stattfinden soll. Die Repression geht weiter...

Die politische Arbeit der Refugees' Revolution Bus Tour wurde damit wieder sabotiert, kriminalisiert und gewaltvoll verhindert. Wir werden uns weder von der Isolations- und Angstpolitik seitens der deutschen „Ausländerbehörden" noch von brutaler rassistischer Polizeigewalt einschüchtern lassen! Es ist unser Grund- und Menschenrecht für unsere politischen Forderungen auf die Straße zu gehen und zu protestieren!

Break Isolation!!
No Borders and no repression against refugees!!

Quelle: Statement of Refugee Bus Tour – thevoiceforum 19.03.2013 ■

Polizeigewalt gegen Refugees-Bus-Tour

Die gewaltsamen Polizeiüberfälle vor Flüchtlingslagern zielen darauf, die Kommunikation zwischen organisierten Flüchtlingen und Flüchtlingen, die durch das deutsche Lagersystem festgehalten werden, zu verhindern. Mittels „Hausrecht" soll politische Betätigung, Selbstvertretung und Selbstorganisation unmöglich gemacht werden.

Die Polizeiführung in Karlsruhe, Köln oder Neumünster fühlt sich nicht genötigt, ihr brutales, rassistisches Vorgehen zu erklären, geschweige denn zu rechtfertigen oder zu verteidigen. Dies ist nicht zufällig, sondern die Polizeigewalt ist von „Oben" politisch gedeckt, gewollt und angeordnet. Es soll der ein Jahr währende Protest der Flüchtlinge zum Schweigen gebracht werden.

An allen drei Orten sind gezielt Flüchtlinge misshandelt und verhaftet worden, sie sind länger festgehalten worden als die verhafteten Unterstützer*innen und nur sie wurden Richtern vorgeführt. Dies sind konkrete Beispiele des institutionellen Rassismus, auf den sich der Umgang der deutschen staatlichen Behörden mit Menschen gründet.

Weltweit zerstören die Waffenlieferungen des drittgrößten Waffenexporteurs BRD, Militärausbildung von Polizei, Militär und Paramilitärs und Kriegseinsätze der Bundeswehr demokratische, selbstverwaltete und widerständige Strukturen und zwingen Menschen zur Flucht.

An den vorgeschobenen, militarisierten Grenzen der EU versucht Frontex die migrierenden Menschen am Weiterreisen zu hindern. 17.000 namentlich bekannte Tote sind die Folge. Jeder einzelne Tote ist politisch gewollt. Es gäbe genug sichere Fähren, Straßen und Brücken, die sie benutzen könnten. Sie werden durch die rassistischen Visa-, Transit- und Rücknahmeabkommen gehindert, diese zu benutzen.

In der BRD angekommen wird versucht, durch Lager, Residenzpflicht und Abschiebungen diesen migrierenden Menschen ihre demokratischen Rechte zu nehmen, sie zum Verstummen zu bringen, damit sie sich willenlos abschieben lassen.

Der seit einem Jahr andauernde Protest von Flüchtlingen in der BRD widerspricht den Herrschaftsplänen der BRD. Die politisch aktiven Flüchtlinge sollen durch die sich ankündigende Strafverfol-

gung, Abschiebeversuche und rassistische Polizeigewalt dazu gezwungen werden, wieder den ihnen zugedachten Platz am Rande der Gesellschaft einzunehmen. Mit den Mitteln des „Hausrechts" sollen sie wieder in Gefängnissen, Abschiebehaft und gefängnisartigen Lagern zum Verschwinden gebracht werden.

Dies ist das demokratische, humanitäre und moderne Angebot der BRD für Flüchtlinge.

Hiergegen gilt es die politische Selbstverteidigung zu organisieren. Die Forderung nach gleicher politischer Teilhabe aller hier lebenden Menschen ist eine demokratische Selbstverständlichkeit. Die Forderungen nach Abschaffung der Lager, Residenzpflicht und Abschiebungen ist eine politische Notwendigkeit.

Wir wünschen der Revolte der Refugees, dass sie eine dauerhafte politische Kraft wird.

In Solidarität mit den Aktivist*innen auf der Refugees-Bus-Tour bzw. auf dem Oranienplatz und in allen Lagern. Für eine kraftvolle und entschlossene Demo am Samstag und viele kommende Protestaktionen.

Quelle: Pressemitteilung ARI Berlin – Antirassistische Initiative e.V. 21.03.2013 ■

Bundesverwaltungsgericht beendet diskriminierende Behandlung

Das Bundesverwaltungsgericht beendet diskriminierende Behandlung von türkischen Staatsangehörigen

Mit Urteil vom 19. März 2013 (Az 1 C 12.12) hat das Bundesverwaltungsgericht die jahrzehntelange diskriminierende Behandlung von türkischen Staatsangehörigen bei der Gebührenerhebung für die Erteilung von Aufenthaltstiteln mit den europäischen Vorgaben für nicht vereinbar erklärt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in den vergangenen Jahren wiederholt auf die Bedeutung der sog. standstill-Klauseln des Assoziationsrechts (Art. 41 Abs. 1 ZP zum Assoziierungsabkommen EWG-Türkei, Art. 13 ARB 1/80) hingewiesen. Diese Regelungen verbieten es, nach in Kraft treten des Zusatzprotokolls bzw. des Assoziationsratsbeschlusses ARB 1/80 im Jahr 1973 bzw. 1980 neue Beschränkungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsangehörige und Arbeitnehmer einzuführen oder ihre Rechtsposition unverhältnismäßig zu verschlechtern. Zudem leitet der EuGH aus dem Diskriminierungsverbot (Art. 10 ARB 1/80) die Unzulässigkeit solcher Regelungen ab, die assoziationsberechtigte türkische Arbeitnehmer gegenüber EU-Bürgern unverhältnismäßig benachteiligen. Bereits im Jahre 2009 und 2010 hatte der EuGH in zwei Urteilen die Gebührenpraxis für die Niederlande für rechtswidrig erklärt, da diese sowohl gegen das Diskriminierungsverbot als auch das Verschlechterungsverbot aus den Bestimmungen des Assoziationsrechts EWG/Türkei verstießen. Die Bundesregierung hatte auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke noch behauptet, dass es sich um eine niederländische Besonderheit handele und eine Gleichbehandlung zwischen Unionsbürgern und türkischen Staatsangehörigen bei der Gebührenerhebung nicht geboten sei (Bt-DrS 17/413).

Aus diesem Anlass hatte der RAV sich im Oktober 2010 an die Europäische Kommission gewandt und die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland angeregt.

Der RAV begrüßt das gestrige Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG). Die türkischen Staatsangehörigen haben jahrzehntelang zu hohe Gebühren entrichtet, die sicherlich mehrere Millionen Euro betragen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ohne Zögern das Urteil des BVerwG umzusetzen und die Bundesländer anzuweisen, wie von den Leipziger Richtern gefordert, keine höheren Gebühren als 28,80 Euro bei türkischen Staatsangehörigen zu erheben. Nach aktueller Rechtslage werden 135 Euro für eine Niederlassungserlaubnis erhoben. „Zu viel entrichtete Gebühren sind ohne bürokratischen Aufwand an die Betroffenen zurückzuerstatten", so RAV-Mitglied Rechtsanwalt Zeran.

Angesichts der wirtschaftlich prekären Situation vieler Zuwanderer fordern wir die Bundesregierung bei dieser Gelegenheit auf, die zuletzt erfolgten Gebührenanhebungen anlässlich der Einführung der elektronischen Aufenthaltskarte zurückzunehmen, alle ausländischen Bürger und Bürgerinnen gleich zu behandeln und nicht mit höheren Gebühren als 28,80 Euro zu belasten. Dies würde eine Entbürokratisierung und Vereinfachung des Gebührenrechts bedeuten.

Quelle: Pressemitteilung Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V. – Hamburg/Berlin 20.3.2013 ■

Starke Asylstandards, kein Abschreckungssystem

Gemeinsames Europäisches Asylsystem und Briefing zu Eurodac

Gesamtbewertung des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

Wir wollen starke Asylstandards, kein Abschreckungssystem

Europaparlament und Rat haben am vergangenen Donnerstag (21. März) die Verhandlungen zum gemeinsamen europäischen Asylsystem abgeschlossen. Damit steht der Kompromiss zum neuen Asylsystem in Europa. Die Dublin-Verordnung und die Aufnahmerichtlinie waren bereits ausverhandelt. Gestern haben Parlament und Rat auch für die umstrittene Eurodac-Verordnung und die Asylverfahrensrichtlinie einen Kompromiss erzielt. Die Abstimmung des Gesamtpakets ist für Juni vorgesehen. Die Grünen werden dem Paket nicht zustimmen. Ska Keller erläutert warum:

Von den Plänen für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem ist praktisch nichts übrig geblieben. Das ist ein Armutszeugnis für die Europäische Union. Die vier Asylrichtlinien und -Verordnungen, die im Paket verhandelt wurden, führen zu einschneidenden Verschlechterungen. Verbesserungen dagegen muss man mit der Lupe suchen. Die Mitgliedsstaaten haben praktisch alles abgeblockt. In der EU Asyl zu beantragen, gleicht deshalb auch in Zukunft einem Lotteriespiel.

Die neuen EU-Asylstandards lassen es sogar zu, dass Schutzsuchende wie Kriminelle behandelt werden. Nach der neuen Aufnahmerichtlinie können Asylbewerberinnen und -bewerber künftig aus allen möglichen Gründen inhaftiert werden. Dafür reicht es schon, wenn Asylsuchende keine Papiere bei sich haben. Selbst die geschlossene Unterbringung in Gefängnissen ist nicht ausgeschlossen.

Mit der Eurodac-Verordnung werden Flüchtlinge endgültig in eine Ecke mit Kriminellen gestellt. Sie erlaubt es der Polizei, die Fingerabdrücke von Tatorten mit den Fingerabdrücken von Asylbewerbern abzugleichen, die in der Eurodac-Datenbank gespeichert sind. Auf Drängen der Mitgliedsstaaten betreibt die EU damit den totalen Ausverkauf der Datenschutzrechte von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und deren Stigmatisierung als gefährliche Subjekte.

Auch bei der Dublin-Verordnung haben die Mitgliedsstaaten alle entscheidenden Verbesserungen abgeblockt. Die Dublin-Veordnung war die Chance auf eine gerechtere, faire Verteilung der Asylbewerberinnen und -bewerber in Europa, auch im Interesse der Flüchtlinge selbst. Abgesehen von ein paar Detailverbesserungen ist nichts davon übrig geblieben.

Mit der Verfahrensrichtlinie werden neue Regeln für den „massiven Zustrom von Asylbewerbern" eingeführt, während sich die wichtigste Verbesserung darauf beschränkt, dass unbegleitete Minderjährige und Flüchtlinge mit besonderen Bedürfnissen, wie etwa schwangere Frauen, nicht im Flughafenverfahren abgefertigt werden dürfen. Das ist ein Trippelschritt in die richtige Richtung, entscheidende Verbesserungen sind das aber nicht.

Wir Grüne haben uns vom gemeinsamen europäischen Asylsystem weit mehr versprochen. Wir wollen ein starkes europäisches Asylsystem und kein Abschreckungssystem. Davon sind wir in der EU nach wie vor meilenweit entfernt. Auf gemeinsame Standards, die Schutzsuchende stigmatisieren, können wir Grüne verzichten.

Quelle: Ska Keller, Grüne Europaabgeordnete 26.03.2013 ■

Der NSU-VS-Komplex

Wo fängt der Nationalsozialistische Untergrund an, wo hört der Staat auf?

Wolf Wetzel, Unrast Verlag 2013

ISBN: 978-3-89771-537-0



13 Jahre blieb der Nationalsozialistische Untergrund/NSU unentdeckt. Mindestens neun Morde wurden begangen. Jedes Mal verschleppten die Behörden verschiedener Bundesländer die Mordhintergründe ins ‚ausländische Milieu'. Jedes Mal will man keine ‚heiße Spur' gehabt haben. Jedes Mal hinderte das die Behörden nicht daran, alle neun Morde in die Blutspur des ‚organisierten Verbrechens' zu legen.

Nachdem die Existenz der NSU nicht mehr zu leugnen war, reihte sich eine Panne, ein Versagen, ein Versäumnis an das andere. Ab wie viel Pannen muss man von einem System sprechen?

Wenn in allen Behörden, ob bei der Polizei oder beim Verfassungsschutz, ob auf unterster oder auf oberster Ebene Hunderte von Akten geschreddert werden, Beweise verschwinden, Falschaussagen gemacht werden, herrscht(e) weder ‚Behördenwirrwar' noch ‚Kommunikationschaos', sondern der gemeinsame Wille, unter allen Umständen zu verhindern, dass etwas ans Licht kommt, was den bisherigen Erklärungen widersprechen würde.

Wenn erwiesenermaßen unzählige V-Männer hervorragende Kontakte zur neonazistischen Organisation ‚Thüringer Heimatschutz' (THS) und zu den späteren Mitgliedern des NSU hatten, dann bestanden diese Verbindungen auch fort, als der NSU 2000 mit der Mordserie begann.

Wenn staatliche Stellen gar nicht auf dem ‚rechten Augen blind' waren, sondern damit extrem gut sehen konnten, ließen sie sehenden Auges zu, dass über sieben Jahre hinweg über neun Morde begangen werden konnten.

Wenn die staatlichen Verfolgungsbehörden mit und nach dem ersten Mord 2000 mögliche Festnahmen von UnterstützerInnen und Mitgliedern des NSU unterließen, dann ist das Beihilfe zu Mord.

Man darf davon ausgehen, dass bisher vielleicht fünf Prozent von dem öffentlich geworden ist, was den Komplex ‚NSU' umfasst. Dieses Buch verliert sich nicht in den 95 Prozent, sondern stützt sich auf die fünf Prozent.

Das erschreckend Positive ist: Es reicht.

Eine Spurensuche.

ca. 150 Seiten, ca. 13 Euro

Erscheinungsdatum: 17. April 2013 Vorbestellungen beim Verlag sind erwünscht: kontakt@unrast-verlag.de

Wer Interesse an einem Vorabdruck, an einer Veranstaltung, an einer Verbreitung hat, ist hiermit herzlichst dazu aufgerufen.

SPAMNIX.wolfwbox-mail@yahoo.de

wolfwetzel. wordpress.com)

Heinrich Vogeler/ Johannes R. Becher

Das Dritte Reich


Das Kapital fand einen neuen Schergen. Das Hakenkreuz steht über Knochen-Bergen.

Im Frühjahr 1934 legten der Worpsweder Maler Heinrich Vogeler und der Vorsitzende des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Johannes R. Becher unter diesem Titel im Moskauer Verlag „Zwei Welten" ein im wörtlichen Sinne kleines Heft, eigentlich eine Sammlung von Zeichnungen und Versen über die politischen Verhältnisse im faschistischen Deutschland vor. Zum 80. Jahrestag der Machtübertragung an den deutschen Faschismus erscheint diese Broschüre als historischer Reprint.

Vogeler und Becher waren als politische Gegner des NS-Regimes im Moskauer Exil. Von dort versuchten sie mit ihren Mitteln einen Beitrag zum antifaschistischen Kampf gegen die Naziherrschaft zu leisten. Im Stile der Holzschnitte eines Frans Masereel gestaltete Vogeler für diese Broschüre gut 34 schwarzweiß Zeichnungen, in denen – ergänzt durch die Verse von Johannes R. Becher – Alltagssituationen, Widerstand und Verfolgung im „Dritten Reich" gezeichnet werden. Dabei formulierten Vogeler und Becher in diesen Bildern und Texten auch ihre Hoffnungen auf eine Überwindung der Naziherrschaft. Die Botschaft des letzten Bildes lautet „Es lebe die kämpfende Einheitsfront".

Der Reprint wird ergänzt durch einen historischen Kommentar des Herausgebers.

Das Dritte Reich, Moskau 1934, Reprint Kassel 2013, 80 S., Format 11,2 x 12,5 cm, 120 gr. Papier, empfohlener Ladenpreis: 8,00 €

Bezugsadresse:

Dr. Ulrich Schneider, Kirchditmolder Str. 11, 34131 Kassel; E-Mail dr.u.schneider@arcor.de

Bezugsbedingungen:

Einzelbestellungen:

8,00 € + 1 € (Porto und Verpackung)

Für Wiederverkäufer: 5 Ex. 25,00 € + Porto

10 Ex. 50,00 € (portofrei).

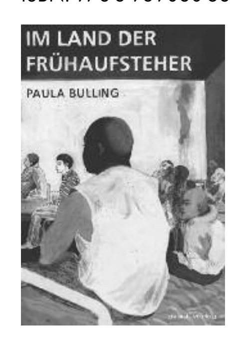
Zahlungsziel 30 Tage.

Auslieferung ab Mitte April 2013

Im Land der Frühaufsteher.

Paula Bulling, Avant-Verlag, Juni 2012, 17,95 Euro.

ISBN: 978-3-939080-68-8.



In ihrem Comicdebüt befasst sich die Kunst- und Kommunikationsdesignerin Paula Bulling mit einer Beschreibung der deutschen Asylverhältnisse. Im Zentrum steht die Frage, wie es gelingen kann, unter den Bedingungen des Flüchtlingsdaseins die eigene Menschenwürde zu bewahren. Die Autorin suchte für ihre Recherchen zahlreiche Asylbewerberheime auf und sprach mit den Betroffenen.

www.avant-verlag.de

Quelle: Newsletters „Migration und Bevölkerung" 22.03.2013

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Bösartig skurril

Junge Freiheit Nr. 11/13 vom 8. März 2013

Das ganzseitige Interview widmet das Blatt diesmal der Atomenergie und interviewt dazu den britischen Physiker Wade Allison. Der vertritt die These, dass Atomstrahlung harmlos sei und es deshalb in Fukushima und Tschernobyl nicht zu nuklearen Katastrophen gekommen sei und schlussfolgert: „Ich meine sowohl in Tschernobyl wie in Fukushima hätte die Leute nach ein paar Wochen zurückkehren sollen. Im Sperrkreis um Tschernobyl wächst und gedeiht die Tierwelt. Gut, die Tiere sind radioaktiv, aber ihr Körper kommt damit zurecht." Dieser Physiker verharmlost die Folgen radioaktiver Strahlung mit einer Verantwortungslosigkeit, die ihresgleichen sucht. Mediziner und Biologen sind bislang zu ganz anderen Schlüssen gekommen – die Folgen radioaktiver Strahlung sind lebensbedrohlich. Für das Blatt ist das das willkommene Argument, gegen die Energiewende zu Felde zu ziehen.

Neue Parte in Sicht

Junge Freiheit Nr. 11, 12, 13, 14/2013

Die Wahlalternative 2013 – zunächst gegründet als euro-kritischer Verein – macht sich daran, eine neue Partei, die Alternative für Deutschland (AfD) zu gründen. Viele ehemalige Mitstreiter des zu Beginn der 90er Jahre gegründeten Bund freier Bürger sind hier wieder anzutreffen. In der Ausgabe Nr. 11 ist das Blatt noch mißtrauisch. Chefredakteur Dieter Stein kommentiert: „Mit Blick auf den in den neunziger Jahren gescheiterten Bund freier Bürger ist Skepsis angesagt. Aber: Wir erleben wendige Zeiten." Auch in der Ausgabe 12 karrikiert das Blatt noch mit Blick auf die AfD die Untergänge von BfB und Schillpartei, die nach kurzen Erfolgen und Misserfolgen aus der Parteienlandschaft verschwanden und versieht den Parteinamen mit einem Fragezeichen. Allerdings hofft das Blatt, dass sich endlich eine eurofeindliche Partei mit einigem Wahlerfolg festsetzt. Die erste Veranstaltung in Oberursel war nach Auffassung der Parteigründer ein voller Erfolg – statt erwarteter 400 kamen über 1300 Teilnehmer. Das Blatt schätzt ab, ob die AfD – der Gründungsparteitag soll am 14. April stattfinden – noch Chancen hat, an der Bundestagswahl im September teilzunehmen und sieht gute Möglichkeiten: „Nur wenn es der Partei gelingt, von den Medien wahrgenommen zu werden, besteht eine realistische Chance, in die Nähe der Fünfprozenthürde zu kommen. Die ersten Berichte sind vielversprechend: Über die Pläne zur Parteigründung wurde unter anderem groß in „Bild" und „Welt" berichtet. AfD-Chef Lucke durfte zudem in der ZDF-Sendung „Maybritt Illner" vor einem Millionenpublikum für seine Ziele werben. Prognose: Dennoch lässt es sich schwer vorhersagen, ob sich die Partei dauerhaft in den Medien etablieren kann." In den Ausgaben 13 und 14 sind die Fragezeichen verschwunden. Prof. Dr. Joachim Starbatty, Kläger gegen die Euro-Einführung und Mitbegründer des BfB, teilt mit, dass er dem wissenschaftlichen Beirat der zu gründenden Partei vorsitzen werde und hofft auf Bundesebene auf ein Zusammengehen mit den Freien Wählern. In der Ausgabe 14 schließlich sieht das Blatt die AfD „auf der Überholspur", der „Zuspruch … nimmt Züge einer Volksabstimmung an." Wieviel Volk da abstimmt, teilen aber weder Partei noch das Blatt mit.

Salafisten und Pro NRW

Junge Freiheit Nr. 13/13 vom 22. März 2013

Die Verhaftung von vier Salafisten und die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung übertitelt das Blatt mit „Aus Hass wird Ernst". In welchem Stadium der geplante Mordanschlag gegen den Pro-NRW-Vorsitzenden Markus Beisicht war, ist nicht bekannt. Fest steht, dass die beiden vor Beisichts Haus festgenommenen Männer keine Waffen bei sich hatten. Markus Beisicht erklärt im Interview: „Wir hätten alle tot sein können, wenn die Polizei nicht so vorbildlich gearbeitet hätte." Und gibt Gas: „Der Kampf gegen die Islamisierung und Überfremdung unserer Städte wird immer ein Kernthema unserer Bürgerbewegung bleiben. Jetzt erst recht!" Das Blatt bescheinigt hingegen den anderen Politikern Zynismus. Es zitiert den Leverkusener Bürgermeister Friedrich Busch (FDP), der Beisicht als Ratsmitglied in Leverkusen kennt und erklärte: „Er sieht aus wie ein Biedermann und artikuliert sich auch so. Aber er ist ein geistiger Brandstifter." Das Blatt zitiert dagegen den Generalsekretär von Pro NRW Markus Wiener: „Warum wird eigentlich in vielen Medienberichten, aber auch politischen Stellungnahmen wie von NRW-Innenminister Jäger, eine latente Gleichsetzung von Opfer und Täter vorgenommen?" Vielleicht, weil Pro NRW mit den gezielten Provaktionsdemonstrationen vor Moscheen in NRW tatsächlich viel zum Aufheizen des Klimas unter Muslimen beigetragen hat.

uld ■